

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Gerausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paechlow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Bereits-Ausgaben
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 80 A.
Zeilungs-Preisliste Nr. 8888.

Inhalt: Vorwärts! — Der Merkantilismus und die Lohnfrage. — Die Tendenz der Baugewerksinnung „Bauhütte zu Hamburg“. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Archiv und Bibliothek. Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. Die Baugewerks-Berufsvereinigungen im Jahre 1908. (Eisenbau-Berufsvereinigungen). — Aus Unternehmenskreisen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.
Zusug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Hamburg:** Cohnsoll h. Hamb. (Sperre über Kummerfeld), Bergedorf (Differenzen);
- Schleswig-Holstein:** Burg a. Fehmarn (Sperre über Christian Hammer), Labes (Sperre über Stöcking), Heikendorf (Sperre über Schölzechen);
- Mecklenburg:** Alt- und Neustrelitz; Farsenborg (Maurer ausgesperrt), Waren (Sperre über Gerber & Sohn), Neukloster (Sperre über Eickelberg);
- Prov. Brandenburg:** Spandau (Sperre über Hanne), Oßpeltz (Sperre über Lahn & Bauoh), Wittenberge (Sperre über Witte), Tegel (Sperre über Valsing, Brunowstraße), Potsdam (Differenzen);
- Pommern:** Swinemünde-Ahlbeck-Beringsdorf (Maurerstreik), Anklam (Zimmererstreik);
- Ost- und Westpreußen:** Osterode, Wansig (Differenzen), Thorn (partielle Streiks);
- Prov. Posen:** Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt);
- Prov. Sachsen und Anhalt:** Harby (Aussperrung der Maurer); Trebitz a. d. E. (Sperre über Eitner in Schnellin); Dessau (Differenzen);
- Königr. Sachsen:** Taucha (Sperre über den Unternehmer Sperling);
- Thüringen:** Coburg (Sperre über Köhler), Erfurt (Zimmererstreik);
- L Hannover:** Osterode a. Harz (Sperre über Böcher in Clausthal)
- Westfalen:** Gelsenkirchen (Fliesenlegerstreik);
- Rheinprovinz:** Düsseldorf (Aussperrung und partielle Streik), Crefeld, Elberfeld-Barmen (partielle Streiks), Oberhausen, Remscheid, Solingen (Differenzen), Wermelskirchen (Sperre über Hussel);
- Hessen:** Cassel (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter), Frankfurt (partielle Streiks);

Vorwärts!

Die Tage der Rosen sind vorbei und nur noch wenige Wochen trennen uns von der Zeit, da es herbstlich zu säumen beginnt. Bis dahin muß aber noch wacker agitiert werden, damit unser Vormarsch immer mächtiger gestaltet werden kann. Eine Gewerkschaft kann nie stille stehen, die Mitgliederzahl muß sich der Zahl aller im Beruf Beschäftigten immer mehr nähern, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Organisation muß Gemeingut aller Arbeiter werden.

Kein Leben, keine Kraft ist denkbar ohne Organisation. Alle Erscheinungen des gesellschaftlichen und körperlichen Lebens beweisen die Nichtigkeit dieses allgemeinen und bedingungslosen Gesetzes. Sprichwort und Wissenschaft stimmen überein in dem Grundsatz: Einigkeit macht stark. Die Wissenschaft besinnelt das Leben als einen in Tätigkeit begriffenen Organismus. Gerade darum, weil sie gut organisiert ist, hat die besitzende Klasse so lange ihre Herrschaft ausüben können über die Arbeiterklasse.

Wir haben in den letzten Jahren sehr großartige Beweise von der Macht der organisierten Arbeiterschaft gesehen. Aber wir sind doch noch sehr weit vom Ziel, und zwar deshalb, weil der größere Teil der Arbeiter den Wert der Organisation noch immer nicht begriffen hat.

Jeder Arbeiter muß sich mit inniger Ueberzeugung sagen: Ich bin ein notwendiger Bestandteil der Organisation. Jeder müßte von dem Gedanken getragen sein, daß es ohne ihn nicht geht, daß er fortgesetzt mithelfen muß, die Organisation, den Verband, auf der Höhe der Zeit zu erhalten.

Mancher klagt, seine Gewerkschaft habe keine Macht, sein Verband könne ihn nicht schützen gegen die vielen Angriffe des Unternehmertums. Das sind Leute, die weber warm noch kalt sind, die den Mantel auf beiden Schultern tragen und die sich um jede Arbeit der Organisation herumdrücken.

Schämt Euch, so zu sprechen, rufen wir solchen Kollegen zu. Geht unter Eure Mitarbeiter und führt sie der Gewerkschaft zu. Agitiert auf den Bauten und in den Werkstätten, in den Wohnungen und in den Werkstätten. Helft Agitationsveranstaltungen arrangieren und beteiligt Euch an den Diskussionen über die uns Arbeiter bedrückenden Fragen. Setzt Euer Fachorgan und sonstige nützliche Schriften, nicht oberflächlich, sondern um daraus zu lernen und darnach lehren zu können. Erfüllet mit Eifer die Pflichten, die Euch durch das besondere Vertrauen Eurer Kollegen auferlegt werden.

Dann, aber auch nur dann, werden wir immer größere, uns bisher noch fern stehende Kreise der Arbeiterschaft gewinnen. Dann wird unsere Organisation fortgesetzt in der Lage sein, die so niedrigen Löhne zu erhöhen, die viel so lange Arbeitszeit zu verkürzen. Ja dann werden wir für alle Kollegen eine menschenwürdige Behandlung auf den Arbeitsstätten erzwingen.

Der Merkantilismus und die Lohnfrage.

Es kann nicht munder nehmen, daß in den sozialpolitischen Erörterungen des Merkantilismus von jeder die „Lohnfrage“ eine hervorragende Rolle gespielt hat. Ist es doch gerade diese Frage in erster Linie, auf welche das Interesse des Arbeiters sich konzentriert. Wie sehr der Merkantilismus den entscheidenden Nachdruck auf diese Frage legen möge, das die Arbeiterfrage eine „religiöse“ und deshalb nach Maßgabe der Religion zu lösende Frage sei — um die Notwendigkeit kommt er nicht herum, sich objektiv mit den Einrichtungen und Verhältnissen zu befassen, von denen die Existenz der Arbeiter und das Maß seiner Existenzmittel abhängt. Die Lohnfrage löst man aber nicht mit theologischen Phrasen und mit Hilfe des Gebets; da muß man auf dem Boden der nächsterntesten Wirklichkeit bleiben. Das sogenannte „göttliche Gebot“, daß der Arbeitsherr dem Arbeiter den schuldigen Lohn zu zahlen verpflichtet sei etc. etc., sind Sätzen einer religiösen Rechtsmoral, welche die Lohnfrage selbst völlig unentschieden lassen. Denn hierbei handelt es sich um das Maß des Lohnes als Preis des Wertes der Arbeit. Und dieses Maß ist beständig

strettig zwischen Kapital und Arbeit. Gerade in der Lohnfrage stehen die Interessen dieser beiden Faktoren sich schärfstens gegenüber — eine Tatsache, aber die wir uns hier nicht näher zu verbreiten brauchen.

Wie sehr rückständig die vom Geiste des Merkantilismus beherrschten Arbeiter im Denken und Urteilen über wirtschaftliche und sozialpolitische Dinge auch sein mögen — das würden sie doch als einen Unstimm zurückweisen, wenn ihre frommen Berater ihnen sagten: „Die Lohnfrage existiert für Euch gar nicht“. Wohl oder übel hat der Merkantilismus zu diese Frage Stellung nehmen müssen.

Unsere deutschen Merkantilen Sozialpolitiker behelfen sich auch in dieser ihnen gar nicht angenehmen Frage, wie in so manch anderer, in der Regel mit allgemeinen Redensarten, die nicht mehr oder nicht viel mehr besagen, als die vorerwähnten moraltheologischen Sätzen. Da finden wir Auseinandersetzungen über den „gerechten“ und „der natürlichen Billigkeit entsprechenden Lohn“. Da ist die Rede von der „christlichen Pflicht des Arbeitgebers“, seinen Arbeitern einen „ausreichenden Lohn“ zu geben. In seiner Enzyklika über die Arbeiterfrage sagt Papst Leo XIII.: Die Arbeit müsse den Arbeitern für Wohnung, Kleidung und Nahrung so viel abwerfen, „daß ihr Dasein kein gedrücktes ist“. Nach diesem Vorhalt der Lohnregulierung durch den Staat erfolgen.

Das alles sind recht belanglose oder bedeutungslose Anschauungen und Vorschläge. Denn da entsteht eine neue Frage: Wie hoch muß der Lohn sein, um als ein „gerechter“, der „natürlichen Billigkeit entsprechenden“ zu gelten? Wie muß das Dasein der Arbeiter beschaffen sein, um „kein gedrücktes“ zu sein und welche ein Lohn Einkommen ist dazu erforderlich, um solch ein Dasein fristen zu können?

Die Meinungen darüber gehen sehr weit auseinander. Die Arbeiter werden von der herrschenden Gesellschaft angepöbelt, in wüster Weise beschimpft, wenn sie einen Lohn fordern, der eine höchst beschwerliche Existenz, die immer noch mit Sorgen und Entbehrungen aller Art verknüpft ist, ermöglicht. Und sind es nicht gerade die Merkantilen, die den Arbeitern die „Tugend der Bedürfnislosigkeit“ und den „Segen der Entbehrung“ predigen? Wenn diese Heuchler und Narren die Lohnfrage zu entscheiden hätten, da würden die Arbeiter sehr schlecht wegkommen.

Die katholischen Arbeiter sollten sich nicht täuschen lassen durch den Vorhalt, daß von merkantiler Seite schon öfter die Festschließung eines Minimallohnes gefordert worden ist. Das ist ja allerdings geschehen. Aber man hat dabei an eine staatliche Lohnregulierung gedacht. Daß die Arbeiter kein Interesse an solch einer Lohnregulierung haben, daß sie gegen ihr Interesse geht, ist ohne weiteres klar. Man bedenke: der heutige Staat ist ein Klassenstaat, in welchem der Merkantilismus die Herrschaft führt. Dieser würde es nie dahin kommen lassen, daß die Minimallohnfrage in einer den Arbeitern günstigen Weise gelöst geregelt wird, selbst wenn die Staatsgewalt in die Hand dazu zu bieten. Aber die Staatsgewalt ist viel zu enge mit dem Merkantilismus und dessen Interessen verbündet, als daß sie in der Lohnfrage Stellung gegen ihn nehmen könnte. Der Staat stellt sich den in seinen Betrieben beschäftigten Arbeitern gegenüber genau auf denselben Ausbeutungsstandpunkt wie der Privatunternehmer.

Nichts würde bedenkllicher sein, als einer Klassenstaatlichen Gewalt das Recht einzuräumen, die Löhne zu regulieren. In früheren Zeiten hat die Staatsgewalt das öfter getan. Weshalb? Entweder

Interesse der Arbeiter? O nein, im Interesse der Arbeitsherrn, um den Lohn herabzudrücken. Als um die Mitte des 17. Jahrhunderts das Volk massenhaft an der Pest gestorben war, lagen die Acker der großen Grundbesitzer in England brach aus Mangel an Arbeitern. Sie mußten hohen Lohn bieten und machten sich darin Konkurrenz. Da half ihnen der Staat durch Befehl, daß die Arbeiter für niedrigeren Lohn arbeiten sollten. Auch in Deutschland hatten Lohngesetze dieselbe Wirkung, und noch im 18. Jahrhundert erlangten die Unternehmer Schlestens solche Lohngesetze von der Regierung auf ihr Ansuchen. Der konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer (Der Kapitalismus in der soziale, S. 218) behauptet, daß „darauf der noch heute in Schlessen so ausnahmsweise niedrige Lohn zurückzuführen ist“, denn: „einmal eingeführt und durch die Macht der Regierung aufrecht erhalten, gewöhnt sich das Volk daran, und es gelingt ihm schwer, wenn der gesetzliche Zwang aufgehört hat, den Lohn so hoch zu stellen, wie er in anderen Landestellen steht.“

Wird einmal gesetzlich am Lohn operiert, so werden die bestehenden Klassen, die Unternehmer, das bald zum Lohndruck neigen.

Und noch etwas fehlte, die Verklaffung der Arbeiter zu einer vollständigen zu machen. So würde es die obrigkeitliche Lohnregulierung sein, auf die der Merkantilismus ein entscheidendes Gewicht legt. Auch der Paps Leo XIII. tritt in seiner Enzyklika über die Arbeiterfrage für diese „Reform“ ein und zugleich verurteilt er die Arbeiterkoalition und ihre Bestrebungen, den Gebrauch des Koalitionsrechts zum Zweck der Erlangung höherer Löhne ganz entzogen.

So mair's recht, ganz im Sinne und Interesse der kapitalistischen Ausbeutung: staatlich festgesetzte Hungerlöhne als „Minimallöhne“ und die Vernichtung des Rechtes der Arbeiter, sich bessere Löhne zu erkämpfen.

Unsere deutschen Merkanten sind fast durchweg sozialpolitische Zimmerlinge. Der Humburg, den sie in sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, so auch in der Lohnfrage, mit den ihm vertrauten katholischen Arbeitern treiben, ist grenzenlos. Es gibt aber doch noch vernünftige und ehrlichere katholische Elemente, so z. B. die Christlichen Demokraten in Frankfurt. Ihre Stellung zur Lohnfrage ist eine von der des deutschen Merkantilismus erheblich abweichende. Der „Oeuvre ouvriers catholique“, dessen Generalsekretär der Graf de Mun ist, publizierte 1893 folgende Grundsätze:

„Der gerechte Lohn ist der, welcher genau dem Werte der Arbeit entspricht. Zweck der Arbeit ist, die Existenz und die normale Entwicklung des menschlichen Geschlechts zu sichern; ihre Wirkung, den Dingen einen Wert zu verleihen.“

„Mithin muß in der Regel und in der vollen Bedeutung des Wortes der Lohn mindestens für die notwendigen normalen Bedürfnisse eines Arbeiters ausreichen und im angemessenen Verhältnisse zu seiner professionellen Geschicklichkeit stehen.“

„Arbeitsverträge, welche einen ungenügenden Lohn stipulieren, sind den Arbeitgebern unterlagt.“

„Die Lebensbedürfnisse der Arbeiter müssen nach denjenigen einer Familie abgemessen werden und den Lasten, welche ihm als Familienvater obliegen, entsprechen. Sie umfassen: a) die gegenwärtigen Bedürfnisse, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung der Kinder etc., b) solche Bedürfnisse, welche infolge von Unfällen, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Alter sich ergeben können.“

„Die erste Pflicht des Staates ist, in den Kontrakten, welche von seinen öffentlichen Anstalten abgeschlossen werden, die vorstehenden Grundsätze zu beobachten.“

Diese französischen Katholiken wissen, worauf es ankommt; sie geben der Wahrheit, den Tatsachen die Ehre; sie definieren, was gerechter Lohn ist, sind also auch dem Paps in der sozialpolitischen Erkenntnis über.

Die Tendenz der Baugewerks-Zinnung „Bauhütte zu Hamburg“.

In den Kämpfen zwischen der organisierten Arbeiterschaft und den Unternehmern des Baugewerbes, die Ende der sechziger Jahre ihren Anfang nahmen, spielten von vornherein die Unternehmerrorganisationen Norddeutschlands, speziell die „Bauhütten“ zu Bremen und Hamburg, eine führende Rolle. Zusammengekommen im Norddeutschen Baugewerksverein, mit dem Sie in Kiel, hatten sie bereits im Jahre 1878 es zu einem „Streitreglement“ gebracht, das nichts anderes war als eine Festlegung des Systems der schwarzen Listen, der terroristischen Berufsverweigerung solcher Arbeiter, die

ihre Koalitionsrechte geküßt haben.“ In diesem Reglement war die Verwendung von „Abgangszetteln“ den Unternehmern „auf Anweisung und Güte“ zur Pflicht gemacht.

Diese Abgangszettel waren in drei Klassen geteilt: ein Anhang zum Statut des Vereins gibt unter Nr. 2 bis 7 Aufschluß über die Verwendung. Zettel in welcher Farbe und mit dem Buchstaben A versehen, sollten diejenigen Gesellen erhalten, die sich artig und gehorsam und mit allem Zufrieden waren; die Inhaber derselben durften von jedem Bundesmeister in Arbeit genommen werden. Die zweite Sorte Zettel, in gelblicher Farbe und mit B bezeichnet, wurde an solche Gesellen ausgegeben, welche sich schon einmal an einem Streik auf einem einzelnen Bau oder im allgemeinen beteiligt hatten. Die Inhaber derselben durften von Ablauf von drei Wochen, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, von keinem Bundesmeister in Arbeit gestellt werden. Die dritte Sorte Zettel, O, in bläulicher Farbe, wurde denjenigen Arbeitern, welche Mitglieder der Gewerkschaft waren, in Arbeiterverammlungen besaßen, sich an Streiks beteiligten, solche unterstützen und für Vorkörperung des Arbeitszeitverfalls eintraten. Die Inhaber solch einer Berufsverweigerung sollten in den ersten acht Wochen vom Tage der Ausstellung an von keinem Bundesmeister zur Arbeit angenommen werden, was gleichbedeutend mit Verweigerung der Stadt war. Konventionen gegen diese Bestimmungen sollten mit einer „Ordnungs“-Strafe, für jeden einzelnen Fall pro Mann mit 5 Talern, geahndet werden. Auch sollte zur Sicherheit solcher Strafgelder jedes Mitglied bei dem Vorstande des Vereins einen Solzialversicherungsschein im Betrage von 100 Talern hinterlegen.

Die Unternehmern hatten sich förmlich beschoren, die Arbeiterorganisation unter keinen Umständen anzuerkennen, sie nach Möglichkeit zu schädigen und zu unterdrücken. Aber auch diese den Arbeitern von den Unternehmern herordnete „Aur“ hatte nicht den gewünschten Erfolg, sondern die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern wurden erheblich verschärft und die Gesellen wurden immer „unbotmäßiger“.

Und nun erleben wir einen schroffen Wechsel der Taktik bei unseren Anhängern. Sie verfehlen auf die Idee, es mit einem Programm der „Arbeiterfürsorge“ zu versuchen. Was wir darüber hier mitteilen, entnehmen wir einer durchaus authentischen, offiziellen Schrift, von der wohl nicht viele Exemplare mehr existieren dürften. Sie führt den Titel: „Die Tendenz der Bauhütten“. Antwort auf die Bauhütte zu Bremen von der Bauhütte zu Hamburg. In deren Auftrag: Lubw. Rosen, Sekretär, Hamburg, im Juni 1874.“

Die „Bauhütte zu Bremen“ hatte folgende Fragen an die „Bauhütte zu Hamburg“ gestellt:

- 1. Wie ist dafür zu sorgen, daß wieder ein friedliches, freundliches Verhältnis zwischen den Bauhütten und ihren Gesellen eintritt, daß alle Streitigkeiten, welche sich aufzuheben, in möglichst wenig erregter, sachlicher Weise erledigt lassen?
- 2. Wie ist es anzufangen, daß wir den Gesellen an ihren Arbeitsgebern sojugalen ein fürsorglichen und zu gleicher Zeit moralischen Fall geben?
- 3. In welcher Weise ist, hiermit zusammenhängend, von Seiten der Bauhütten:
 - a) für Errichtung von Krankenkassen,
 - b) für Errichtung von Unterkunftsstellen mit Einschluss der Familien,
 - c) für Errichtung von Invalidenklassen zu sorgen?

Die Verantwortung dieser Frage erfolgte laut Beschluß der „Bauhütte zu Hamburg“ vom 23. Mai 1874. Da finden wir nun zunächst die Auffassung, daß eine richtige Verantwortung der Schlußfolgerung zur Lösung der sozialen Frage sei. Daran knüpft sich eine Ansicht, die in jener Zeit, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, vielfach in Handwerkerkreisen geäußert wurde: Die Arbeiterbewegung sei ein Kampf gegen die unnatürliche Uebermacht des Kapitals, von welcher der Arbeitgeber ebenso beengt wird, wie der Arbeitnehmer.“ Die zweite Frage sei gleichlautend mit der Frage: „Wie ist das Handwerk lebensfähig zu erhalten gegenüber den Großunternehmern?“ Da hürten nicht halbe Maßnahmen in Anwendung kommen, denn das Zerwürfnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern sei nicht aus dem Mangel an Hilfskräften empfinden, sondern aus der Ohnmacht der Arbeiter, welche die Arbeiter und auch selbst die Arbeitgeber nicht vor der Willkür der Kapitalherrschafft zu schützen vermöchten.“

Es ist charakteristisch und verdient gemerkt zu werden, daß hier die Willkürherrschafft des Kapitals zugewandt und anerkannt wird, daß ihr gegenüber die Arbeiter und „selbst Arbeitgeber“ sich im Ruhestand der Not zu befinden. Wir erinnern uns, daß Handwerkerorganisationen in vielen Städten Deutschlands damals noch einen Schritt weiter in praktischer Richtung gingen, indem sie Streiks von Arbeitern ihres Gewerbes bann offen unterließen, wenn diese Streiks sich gegen Großunternehmer richteten.

Die Antwort macht den Großbetrieb als „tönendsten Faktor“ verantwortlich für „alle Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“, denn: „Wo dem Arbeiter zugestanden werden muß, daß die Arbeit in auskömmlichem Maße, da liegt darin zugleich das Zugeständnis, daß der Arbeiter ein Recht haben muß, einen ausreichenden Lohn von seinem Arbeitgeber zu verlangen. Letzterer dagegen sieht in der jedesmaligen Vorkörperung nur eine vorübergehende Hilfe, die so lange wirksam bleibt, als es dem Großbetrieb nützlich ist, den Schwerpunkt der Norm zu verschieben zu seinen Gunsten, um den verlorbenen Teil des Uebergewichts wieder zu gewinnen und durch die unbeschränkte Wiederholung dieser Manipulation

*) Das Nähere darüber ist nachzulesen in der von der Agitationskommission der Maurer Deutschlands 1889 herausgegebenen Denkschrift: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter im Lichte der Tassachen“. S. 45. Ferner in Paeplovs „Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869 bis 1899“. S. 42 ff.

Arbeitgeber und Arbeiter zugleich zu benützen.“ Aus dem Konflikt ins Deutsche überführen heißt das: Der Großbetrieb beherrscht und bestimmt die wirtschaftliche Lage, er läßt es zu einem festen und sicheren Lohnverhältnis nicht kommen.

Dann heißt es: Wenn auch das Uebergewicht des Kapitalismus im ganzen auf das Baugewerbe weniger sichtbar wäre, „so würden doch die Bestrebungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Der ersten, von Lassalle gegründeten sozialdemokratischen politischen Organisation) die Solibariat aller Arbeitnehmer zu ermächtigen und selbstredend diejenigen des Baugewerbes in erster Linie mit einzureihen.“ In Rücksicht auf die „Machtstellung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ rät die Antwort von einem einseitigen Vorgehen der baugewerblichen Unternehmer ab, denn „ein solches Vorgehen dürfte wenig fruchten, vielmehr geeignet sein, die gesamte Arbeiterkraft nur noch mehr festern zu machen und ihren geschlossenen Widerstand gegen die Arbeitgeberkraft zu befestigen.“ Die Antwort gelangt so zu folgender Ermüdung:

„Wenn schon die Abgrenzung des vierten Standes heute eine Forderung der Arbeiter ist, so dürfte die Arbeiterkraft ihre Achtung darin finden, die Anerkennung desselben zu gewinnen und die Grenzlinien zwischen dem Handwerk und dem außerhalb desselben stehenden Arbeiter zu ziehen. Dieser Akt würde den Zusammenschluß der Meisterkraft mit dem Gesellentum ermöglichen, zugleich aber eine Sprengung der sozialpolitischen Vereinheit. Dieser Zusammenschluß beider ist jedoch nur dann erreichbar, wenn das Handwerk selbst lebensfähig den Großunternehmern entgegen trete, sich von dem unnatürlichen Druck der Kapitalmacht emanzipieren kann.“

Die Antwortschrift der „Bauhütte zu Hamburg“ zeigt dann einen „Weg“, auf welchem es möglich sein sollte, das Handwerk „vom unnatürlichen Druck der Kapitalmacht zu emanzipieren“. Erstens: „Das Handwerk muß sein eigener Lieferant werden, soweit das Gebiet der notwendigen Bedürfnisse reicht.“ Da sind zunächst Baumaterialien und Fabrikkate für den Gewerbebetrieb ins Auge gefaßt. Der materielle Nutzen aus solcher Selbstlieferung würde die Bauhütten in den Stand setzen, ihre Arbeiterkraft im Verhältnis zu anderen Gewerben günstiger zu stellen, ohne den jeweiligen Auftraggeber damit direkt zu belasten.“

Weiter: Die Lieferung der notwendigen Lebensbedürfnisse für Arbeitgeber und Arbeiter (also gemeinschaftlicher Konsum, was man sich merken möge, es gelegentlich den „Mittelstandsklassen“ vorzuziehen, welche die Konsumgenossenschaften der Arbeiter betreffen). Doch sollte diese fürjörge im Gebiet der Bauhütten sich nicht weiter erstrecken als auf Beschaffung von Wohnungen. Die „Lösung der Wohnungsfrage“ sei eine der Würde der Bauhütten entsprechende Aufgabe. „Ist die die Aufgabe gelöst werden soll von den Bauhütten, wird nicht gelöst. Die ganz Frage wird mit einigen Nebenarten abgehandelt.“ Da heißt es: „Abgehen von den Preisverhältnissen, macht sich in großen Städten der Uebelstand immer mehr fühlbar, daß Arbeiter wie auch kleinere Arbeitgeber immer mehr und mehr aus der Umgebung der besser situierten und gebildeteren Bevölkerung verdrängt werden. Es wird dadurch das Proletariat tatsächlich zu einer Korporation konstituiert und in seinen lokalen Grenzen zu einem Herde parteilicher Umtriebe und moralischer Verkommenheit gestempelt.“ Ferner: „An der Spekulation zerfällt die Bürgerthug und der moralische Fall des Volkes.“ (Und doch war auch das zünftlerische baugewerbliche Unternehmertum nicht ergriffen durch die Boden- und Häuserpekulation. Ganz ohne wehren sich die Zünftler gegen die Verletzung dieser Spekulation, ja selbst gegen ihre Beschränkung.)

Schade, daß man nicht weiß, wie die „Bauhütte zu Hamburg“ die Ausführung ihres Vorschlags: Beschaffung von Wohnungen durch die Bauhütten gedacht hat!

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Korrespondenzblatt der Generalcommission“.) Die neuesten Syndikalnachrichten: Baumvollkorn, Spiritus, Ring, Zunderpulver, Kohlenpulver, deutscher Stahlwerkverband, Kupferpekulationen, Petroleumstraf.

Jeder Tag weiß von neuem darauf hin, wie sehr auf großen Wirtschaftsbereichen die alte individuelle Konkurrenz unter den Kapitalisten ausgehalten wird. Vor allem beim Ansehen der Waren, aber auch oft genug bei der Nachfrage danach, handelt es sich nicht mehr wie in der Regel früher um viele voneinander durchaus unabhängige Produzenten und Händler. Gemeinsame Vereinbarungen halten vielmehr die früher auseinander und gegeneinander strebenden Elemente zusammen, bald in loserer, vorübergehender Form, bald in fester, dauernder Vereinigung.

Wären wir auf den Rohstoffmarkt, so finden wir z. B. im Augenblick den Baumvollkorn noch immer in Wirksamkeit. Hier handelt es sich allerdings nur um einen zeitweiligen Zusammenschluß der maßgebenden Handelskapitalisten, um eine zeitweilige monopolistische Beherrschung des Angebotes einer Ware. Solche Spekulationsformen müssen vergänglichster Natur bleiben. Aber wie fühlbar ist ihr Einfluß auf die Zelluloseindustrie aller Länder! Das ganze Leben des Ningses erfährt eine außerordentliche Verlangsamung durch die Verzögerung der neuen amerikanischen Ernte, hauptsächlich durch die Mengenflüsse, welche die Flüsse verzögern und auch den wahrscheinlichen Ertrag schmälern sollen. Im Vorjahre kamen Ende August schon Tausende von Ballen Baumwolle täglich an den amerikanischen Markt. Dieses Jahr rechnet man in England trotz aller Betriebsbeeinträchtigungen in der Zelluloseindustrie mit der Wahrscheinlichkeit, daß bis zum Ende der zweiten Septemberwoche die englischen Bestände auf 100 000 Ballen zusammenzusinken könnten, während vor dem 12. September kaum irgendwelche neue Rohstoffmengen zu erwarten sind. Der Ding hat in erster Linie ein Interesse auch dann, daß die baumwollverbrauchende Zelluloseindustrie nicht einseitig zu Betriebsbeeinträchtigungen übergeht — ein paar gefährdete Augenblicke können bekanntlich jede Organisation leicht zerpfetzen und

berhindern. Daher erstarrt sich das Gerüst, daß einzelne Spinnereien im Fall einer... vom Ringe selber unter der Hand mit billigerer Baumwolle...

Daß auch unsere Agarie in der Schulbildung... Weisheit wissen, zeigen sie jedoch wieder beim Branntwein und beim Zucker.

Die Zentrale für Spiritusverarbeitung, an sich nur ein Verkaufverband, hat ganz folgerichtig auch die Produktion beeinflusst... auf die Preise stärker und nachhaltiger wirken zu können.

Die Zuckerindustriellen haben gleichfalls ihre Syndikate erneuert, sowohl das der Hochzuckerfabriken wie das der Raffinerien... in anderer Form zwar wie früher, da die nunmehr in Kraft tretenden neuen Zoll- und Steuererlässe...

Dem Kohlenhandel gingen in den letzten Wochen die widersprechendsten Nachrichten an. Bis 15. September sollte die endgültige Entscheidung über die Neugefaltung des Schmittals fallen...

Dagegen wurde von großen Fortschritten der Idee eines Deutschen Stahlwerks berichtet. Krupp, die Dortmunder Union, der Bochumer Verein, die Wenden und Stamm und noch viele andere größte Unternehmungen...

Auf dem Kupfermarkt, der besonders für unsere Elektrizitätsindustrie wichtig ist, lagte man wieder einmal über die Wiltür der amerikanischen... mit William Rockefeller an der Spitze.

Auch der Petroleummarkt scheint durch neue kapitalistische Vereinbarungen beeinflusst werden zu sollen. Die Standard Oil-Gesellschaft soll von dem galizisch-österreichischen Petroleumsyndikat jährlich ein Minimalquantum...

Berlin, 31. August 1903.

Mag Schippel.

Mäurerbewegung.

Archiv und Bibliothek.

Zur Verhöhnung des Verbandsarchivs und um es den Zweigvereinen möglich zu machen, auch die älteren Protokolle für ihre Bibliothek von uns erhalten zu können...

A. Für die Zeit vor dem Sozialistengesetz.

- 1. Protokolle und sonstige Schriften: a) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins... b) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurervereins im Juli 1871.

2. Statuten:

- a) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Zimmerervereins 1870; b) des Allgemeinen deutschen Maurervereins 1871 und 1872; c) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauervereins 1878 und 1874; d) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes 1876, 1876 und 1877.

B. Flugblätter und etwaige sonstige Drucksachen und Schriften, welche in irgend einer Weise auf die Mäurerbewegung in den Jahren von 1868 bis 1878 Bezug haben.

B. Fachvereinszeit von 1882 bis 1891.

1. Protokolle:

- a) vom 1. Kongress zu Berlin 1884, b) " 2. " " Hannover 1885, c) " 3. " " Dresden 1886, d) " 4. " " Bremen 1887, e) " 5. " " Cassel 1888, f) " 6. " " Halle 1889, g) " 7. " " Erfurt 1890, h) " 8. " " Gotha 1891.

2. Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands:

- a) tabellarische Darstellung 1889, 1890, b) Broschüre 1890, c) " 1892.

3. Statuten aus den drillingen Fachvereinen in den Jahren 1889 bis 1891.

4. Flugblätter, Lohnkarte und sonstige Drucksachen aus der Fachvereinszeit.

O. Verbandszeit.

- 1. Protokolle: a) vom 1. Verbandstag zu Cassel 1892, b) " 2. " " Alzenburg 1894, c) " 3. " " Gabelstadt 1895.

2. Statuten von 1891, 1892, 1894, 1895, 1897 und 1899.

3. Flugblätter, Lohnkarte und sonstige Drucksachen, sowie sonstige Schriftstücke.

Wir ersuchen alle Zweigvereine und auch alle einzelnen Mitglieder, welche sich im Besitze einer oder mehrerer der vorgenannten Schriften befinden, uns dieselben zu überlassen und zu versenden. In jedem einzelnen Falle erfolgt Zurückerstattung der Ausgaben und auf Wunsch auch Bezahlung der Schriften.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Aus Cassel wird uns berichtet: Der Streik wird auf beiden Seiten mit besonderer Schärfe geführt. Durch Zug von auswärts versucht das Unternehmertum den Streikenden Schloppen beizubringen. Hauptstütze sind es Italiener, die in aller Herren Länder zusammengejacht und dann hier transportiert werden.

dann auch ebenfalls seine Leute abbehalten. Die Zahl der Arbeitswilligen ist denn auch sehr gering. Trotz alledem scheint der Mut der Unternehmer noch nicht völlig gebrochen zu sein. Sie möchten wohl gerne nachgeben, aber die Schlappe erscheint ihnen zu groß.

In Frankfurt a. M. sind Unterabteilungen mit der Unternehmerorganisation im Gange. In Dortmund und Essen sind die Lohnbewegungen so gut wie beendet. Die Dortmunder Innungsmeister haben für dies Jahr 47 1/2 Stundenlohn und ab 1. April n. J. 50 1/2 und zehnstündige Arbeitszeit bewilligt.

Fast noch größer als in Dortmund ist der Sieg unserer Kollegen in Essen, obwohl der vereinbarte Stundenlohn zunächst etwas niedriger ist. In Essen lagen aber die Verhältnisse auch viel schlimmer: es konnte von einem geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnis viel weniger die Rede sein als in Dortmund.

Durch den erfreulichen Ausgang der Kämpfe in Dortmund und Essen wird hoffentlich auch der Kampf in Düsseldorf zu Gunsten unserer Kollegen beeinflusst werden, da sich der Zug nur wieder mehr dem Aufrechter zuwenden wird. Den "Christlichen" Streikbrecherorganen wird es nunmehr wahrscheinlich nicht mehr gelingen, soliel "Arbeitswillige", wie die Düsseldorfener Unternehmern benötigen, aufzubringen.

In Barmen-Glücksfeld haben die Innungen schon verschiedene Experimente gemacht, ohne Anfang bei den Streikenden zu finden. Nach einem ihrer letzten Angebote wollten sie für "gut" Maurer 50 1/2 Stundenlohn ab 1. April n. J. zahlen. Nun haben sie das Märchen "gut" getrichen, also ihr Angebot etwas erweitert, dafür haben sie nur aber auch die großen Stiefel angezogen: sie drohen mit der Aussperrung sämtlicher (!) dem Zentralverband angehörenden Maurer, wenn am Montag, den 7. September, die Arbeit nicht aufgenommen wird.

Der Streik hat in Barmen auch schon einen ganz außerordentlichen Vorgang gezeitigt, nämlich die Verhaftung zweier Unternehmer, der Gebrüder Jakob, weil sie Streikende ohne jede Veranlassung angeschlossen und mit schweren Schlägen geschlagen haben. Das außerordentliche liegt nicht in der Höhe der Unternehmung, sondern in ihrer Verhaftung.

willigen", so sie drohen sogar, nun gleichfalls in den Streit einzutreten. Ob sie ihre Drohung wahr machen werden? Wir glauben es nicht. Auch ohne sie werden unsere Kollegen den Kampf zu gutem Ende führen.

In **Sollingen** und **Neumünster** wird es sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob es zum Kampf kommt.

Die **Stillesieger** in **Gelsenkirchen** und **Umgebung** sind im Streit, da die Unternehmer zu friedlichem Ausgleich nicht zu haben waren.

Der Unternehmer **Winn** in **Sörbe** hat sich bereit erklärt, die höchsten Arbeitsbedingungen innezuhalten. Die Sperre ist aufgehoben.

Der Streit in **Oarel** (Odenburg) ist beendet und zwar dadurch, daß die Kollegen so auseinandergegangen sind. Die Unternehmer hätten bewilligen müssen, wenn die Mauerer nur noch ein paar Tage zusammengehalten hätten.

Die Baumunternehmer in den **Unterweserkosten** (**Bremerhaven** etc.) schürten einen Streit provozieren zu wollen. Sie spielen mit **schwarzen Wägen**, in denen sie die Namen solcher Stellen mitteilen, die sich die Freiheit nehmen, ihren Arbeitgeber zu wechseln. Unsere bürgerliche Organisation hat dem Unternehmer die Forderung gestellt, die schwarzen Wägen innerhalb 48 Stunden zurückzugeben.

Der Zweigverein **Nowawes** hat über die Bauten des **Wasserdamer** Unternehmers **Weyer** in **Arbeits- und Lohngebiet Nowawes** die Sperre verhängt. Es handelt sich um einen **Kirchbau** in **Nowawes** und einen **Bau in Klein-Ollendie**. Weyer will nur 68 $\frac{1}{2}$ Lohn zahlen und verlangt neunzehnstündige Arbeitszeit, während in **Nowawes** neunzehnstündige Arbeitszeit und 65 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn üblich sind.

Die **Wasserdamer** Unternehmer sind in der **Klemme**. Sie geben zu, daß sie Bedarf an Arbeitskräften haben und wollen die von der **Hamburger** Bauergewerkschaft angebotene **Zugangsformel** dadurch netz machen, daß sie an alle Arbeitgeber des **Baugewerbes** die dringende Bitte richten, keinen aus **Wasserdam** und seiner näheren Umgebung kommenden Mauerer einzustellen. Besonders werden die Kollegen in **Berlin** gebeten, auf die Erfüllung dieses Wunsch zu achten. Hoffentlich lassen die **Wasserdamer** Kollegen sich nicht bange machen. Lebensfalls müssen sie daran festhalten, daß der ihnen von **Blie** und **Genossen** offerierte **Vertrag** unannehmbar ist.

In **Arben** haben unsere Kollegen nun schon seit zwei Jahren die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn verlangt, ohne zum Ziel gekommen zu sein. Jetzt glauben sie jedoch, durch Verhängung von Sperren der Forderung etwas Nachdruck verleihen zu können. Die **Baufortsetzung** ist günstig. Um **Vernichtung** des **Zugangs** wird getrieben.

In **Breslau** haben sich der Unternehmer **Schauer** und sein **Polier** **Heinrich Plewa** so unliebsam hemmerhaft gemacht, daß unser Zweigverein die Sperre über den **Schauer'schen** Bau an der **Wächterstraße** verhängt hat. Ursache der Differenz ist die mangelhafte **Maßnahme**. Es regnete hinein, **Fische**, **Bänke** und auch der **Fürderer** fehlten. Eine **Verhandlung**, zu der von den **Maurern** ein **Wortlaut** mitgeführt wurde, hatten diesen **Erfolg**. Der **Polier Plewa** sagte (nahezu in dem einem **Wort** so wohl anstehenden **heraus**, **protestieren** **ton**): **Wer noch einmal auf meinen Bau schäufeln kommt, der frisst Hart**. Auch Herr **Schauer** machte recht **lebenswürdige** Bemerkungen. Damit nicht genug, wurden die **maßstablichen** **Mißstände** auch noch entlassen, mit der väterlichen Ermahnung seitens des **Poliers**: **Nun könnt Ihr Euch eine entsprechende **Schlichtung** besorgen**. Schließlich, als die **Entlassenen** die **gallische** **Stille** nach **Arbeits** des **Poliers** nicht schnell genug verließen, ergriß dieser noch einen **Summi** **Schlauch** und schlug auf den einen **Maurer** ein. Das war den übrigen Kollegen aber doch zu bunt, sie legten die **Arbeit** nieder. Der **Polier** drehte sich vorläufig die **Zeit** damit, indem er zwischen dem **Bau** und dem **Polier-Kommissariat** hin und herlief. Wohl bekommt's ihm.

Versammlungen und sonstige Bewegung. Gau Berlin.

Am 30. August fand in **Potsdam** eine Konferenz von Vertretern der Zweigvereine statt, deren Mitglieder in **Potsdam** in **Arbeit** stehen. In **Frage** kommen hierbei: **Brandenburg**, **Beelitz**, **Velitz**, **Wiesenburg**, **Wesd.**, **Caputh**, **Gr.-Arnsb.**, **Mehendorf**, **Neumag.**, **Nowawes**, **Saarumund**, **Seddin**, **Treuenbriegen**, **Werder** und **Genthin**. Außerdem sind noch Mitglieder weiter entfernt liegender Vereine, wie **Wischer's** **Leben**, **Lorgau** usw. hier **besichtigt**. Nach dem letzten **Streik** hat ein großer Teil der Mitglieder auswärts **Arbeit** nehmen müssen, so daß die **Einnahmen** für die **Kassalasse** nur geringe sind - andererseits sind die **Ausgaben** verhältnismäßig hoch, da für **Agitation** und **lokale** **Angelegenheiten** große **Aufwendungen** gemacht werden müssen und auch noch in der nächsten **Zeit** in **ähnlicher** **Weise** zu **erwarten** sind. Unter diesen **Umständen** ist die **Kassalasse** **erschöpft**. Da ein **gutes** **Drittel** der zur **Zeit** in **Potsdam** **beschäftigten** **Maurer** Mitglieder anderer Zweigvereine sind und diese an den **gegenwärtigen** **Lohn** und **Arbeitsbedingungen**, sowie an der **Gestaltung** der **zukünftigen** **Interessen** sind, nahm die **Konferenz** zur **besseren** **Finanzierung** der **Kassalasse** des **Zweigvereins** **Potsdam** **Stellung**. Es wurde anerkannt, daß es im **Sinne** des **Statuts** und nach den **Grundsätzen** der **Verbandsorganisation** **Pflicht** aller in **Potsdam** **arbeitenden** Mitglieder sei, die **Unkosten** mit **tragen** zu **helfen**, die die **Aufrechterhaltung** und **Stärkung** der **Bewegung** **erfordern**.

Nach eingehender **Diskussion** wurde ein **Antrag** **Nowawes** **angenommen**, wodurch die **Zweigvereine** verpflichtet sind, für jede **Beitragsmarke**, die ein **Mitglied** **anderer** **Zweigvereine**, die in **Potsdam** **arbeiten**, **verabfolgt** wird, 6 $\frac{1}{2}$ an den **Zweigverein** **Potsdam** **abzuführen** sind. Die **Abrechnung** soll in der **Weise** erfolgen, daß am **Schlusse** eines jeden **Quartals** die **Zahl** der **Marken** 1 60 $\frac{1}{2}$, die an die **Mitglieder**, die in **Potsdam** **arbeiten**, **festgestellt** und für jede **verkaufte** **Marke** ein **Beitrag** von 6 $\frac{1}{2}$ an den **Zweigverein** **Potsdam** **abgeführt** wird. Dieser **Beitrag**, der nur so **lange** **Gültigkeit** **haben** soll, bis **wieder** **normale** **Verhältnisse** in **Potsdam** **vorhanden** sind, **schließt** sich auf 23 $\frac{1}{2}$ des **Statuts**, der **wie** **folgt** **lautet**: **Wenn** in einem **Zweigvereinsgebiet** Mitglieder **beschäftigt** sind, die auf **Grund** des § 40 Mitglieder des **Zweigvereins** ihres **Wohnortes** **bleiben**, dann **erhält** dieser **Verein** von dem **Anteil** der **Kassalasse** für **jede** **von** den **betreffenden** **Mitgliedern** **verkaufte** **Marke** 6 $\frac{1}{2}$.

Die Mitglieder in den obigen Zweigvereinen, soweit sie in **Potsdam** **arbeiten**, sollen in der nächsten Mitgliederversammlung aufgefordert werden, mehr als bisher auf den Bauten für die Organisation zu agitieren, um die Organisation zu stärken und die Unorganisierten zu gewinnen, sowie die herrschenden Mißstände zu beseitigen.

Eine öffentliche **Baubandwerker** **Versammlung** tagte in **Bayreuth** am 29. August. Genosse **Kemmer-Joches** (Zimmerer) hielt einen Vortrag über: **Die Notwendigkeit und das Ziel der gewerkschaftlichen Organisation**. Eine ganze Reihe von Rednern stimmte den Ausführungen des Referenten zu, auch ließen sich in jede der vertretenen Gewerkschaften einige Mitglieder aufnehmen.

Der Zweigverein **Breslau** hielt am 26. August 1903 im **Gewerkschaftshaus** eine **Mitglieder** **Versammlung** ab. Kollege **Krause** hielt einen Vortrag über: **Die Zununahme der schlesischen Streikbrecher**, die das übrige **Deutschland** unsicher machen. So weit diese Personen bekannt werden, soll eine Liste derselben aufgestellt werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß in der nächsten Zeit der neue **Arbeitsvertrag** auf den **Bauten** **verzielt** werde.

Am 27. August hielt der Zweigverein **Bromberg** eine öffentliche **Maurer** **Versammlung** ab, die gut besucht war. Kollege **Schwarz-Danzig** hielt einen trefflichen Vortrag über: **Das Scharfmachertum im Baugewerbe im Osten Deutschlands**. Redner gellte besonders die **Handlungsweise** des **Bromberger** **Unternehmers**, das mit allen Mitteln darauf ausgehe, die **Arbeiter** **organisationen** zu vernichten. Nach einer **lebhafte** **Diskussion** ermahnte der **Vorsitzende** die Kollegen, fest und treu zum **Verband** zu **halten**, dann würden die **Maßnahmen** der **Unternehmer** **elend** **gerathen**. Mit einem **Hoch** auf das **weitere** **Gedeihen** des **Zentralverbandes** der **Maurer** **Deutschlands** wurde die **Versammlung** **geschlossen**.

In **Goldap** fand am 28. August eine **Versprechung** der **Verbandsmitglieder**, die meistens außerhalb **arbeiten**, in der **Wohnung** eines **Kollegen** **statt**. **Versammlungen** können hier nicht **abgehalten** werden, da die **Polizeibehörde** dafür **gelogert** hat, daß kein **Wirt** **sein** **Wirt** **zu** **Versammlungen** **hergibt**. An der **Versprechung** nahm auch Kollege **Schwarz** aus **Danzig** teil, der den Kollegen auseinanderlegte, daß sie trotz aller **bedrücklichen** **Schikanen** **treu** zum **Verbande** **halten** **müßten**, wenn sie zur **geeigneten** **Zeit** **bessere** **Verhältnisse** in **Goldap** **schaffen** **wollten**.

In der am 1. September in **Hannover** **abgehaltenen** **Mitglieder** **Versammlung** des **Zweigvereins** wurden die **Maurer** **Carl** **Hildebrandt**, **Heinr. Dode**, **Fritz** **Grepe**, **Friedrich** **Stein** und **Meier** **ausgeschlossen**. Gegen **Adam** **Günter**, der **auf** **außerhalb** **arbeitet**, soll **verhandelt** werden, wenn er **wieder** am **Orte** ist. Eine **längere** **Diskussion** **rief** die **Gebaltsfrage** **herbor**. **Verschlossen** wurde, den **Polsten** des **Vorstandes** mit **M. 1600** zu **dotieren**. Nach **Erledigung** **verschiedener** **innerer** **Angelegenheiten** erfolgte **Schluss** der **Versammlung**.

In **Yrecho** fand am 1. September die **regelmäßige** **Mitglieder** **Versammlung** in der **Zentralherberge** **statt**, die gut **besucht** war. Kollege **Schubert** - **Hamburg** referierte über: **Die verhoffene** **Neichtagswahl** und die **Gewerkschaften**. In einem **guten** **15minütigen** **Vortrage** **entlegte** **Redner** **sich** **dieser** **Aufgabe**. Zum **Wort** **über** **übergehen**, **betonte** er, **wie** **wichtig** es sei, daß **Kontrollen** aus den **Arbeiterkreisen** zur **Wartung** **des** **Verbandes** **mit** **hin** **genommen** **würden**. **Sobann** wurde der **Beschluss** von 1898, **keine** **Arbeitsarbeit** zu **verdrängen**, **erneuert**. **Schließlich** wurde auf **Antrag** des **Kollegen** **Stein** **beschlossen**, in der **nächsten** **Zeit** eine **öffentliche** **Versammlung** **einzuberufen** in der **Tagungsordnung**: **Bauarbeiter** **aus**.

Sonntag, den 30. August, fand in **Landshut** (Bayern) eine **allgemeine** **Maurer** **Versammlung** **statt**, die gut **besucht** war. **Kollege** **Hartl-Windgen** **schiderte** in einem **Vortrage** die **unwürdigen** **Verhältnisse**, unter **welchen** die **Maurer** **Landshuts** zu **leben** **haben** und **forderte** in **energischen** **Worten** auf, dem **Verband** **beizutreten**. **Wenn** **jeder** **seine** **Pflicht** **tue**, **wenn** **der** **Zweigverein** **wieder** **lebensfähig** **werde**, **so** **würden** **auch** **die** **Freunde** **nicht** **ausbleiben** und die **Maurer** **Landshuts** **nicht** **mehr** **auf** **Almosen** **angewiesen** **sein**. **Genosse** **Ebert** **führte** **den** **Anwesenden** **noch** **einige** **trasse** **Mißstände** **vor**. **Zum** **Beispiel** **wurden** **aus** dem **Bau** der **neuen** **Realschule** die **Arbeiter** **gezwungen**, **Bier** aus der **dosyotterten** **Wirtmann** **Wrauerei** zu **trinken**, **wofür** der **Unternehmer** **pro** **Liter** 4 $\frac{1}{2}$ **erhielt**. **Wären** die **Maurer** **organisiert**, **so** **bräuchten** **sie** **keine** **derartige** **nicht** **trinken** zu **lassen**. **Kollege** **Garst** **forderte** in **seinem** **Schluss** **wort** die **Kollegen** auf, **sich** **nicht** **nur** **als** **Arbeiter**, **sondern** **auch** **als** **Kämpfer** zu **fühlen**. **Mehrere** **Kollegen** **traten** der **Organisation** **bei**. **Wenn** **von** **den** **jetzigen** **Verbandskollegen** **jeder** **seine** **Pflicht** **tut**, **so** **wird** **auch** **der** **hiesige** **Zweigverein** **wieder** **zur** **Blüte** **gelangen** und **dadurch** die **Möglichkeit** **geben**, den **Kollegen** zu **einem** **menschenswürdigen** **Dasein** zu **verhelfen**.

In **Kinden** a. d. **Ruhr** wurde am 22. August eine öffentliche **Maurer** **Versammlung** im **Wohle** des **Herrn** **Woll** **abgehalten**. **Kollege** **Weißer** **aus** **Wochum** **sprach** **über** die **Lage** im **Baugewerbe** und **über** **Arbeits** **und** **Wagen** der **Organisation**. In **ausführlicher** **Weise** **erläuterte** der **Redner** das **Statut** und die **Ergebnisse** **unseres** **Verbandes** und **ermahnte** die **Anwesenden**, **Wann** **für** **Wann** der **Organisation** **beizutreten**. In **dieselben** **Sinne** **sprach** **Kollege** **Urban**. **Sieben** **Kollegen** **ließen** **sich** **in** **den** **Verband** **aufnehmen**.

In **Essa** sollte am 30. August eine **außerordentliche** **Mitglieder** **Versammlung** **abgehalten** werden. Da **sich** **aber** **nur** **21** **Kollegen** **eingefunden** **hätten**, wurde die **Versammlung** **verlangt**. Die **Mitglieder** **von** **Essa** **müßen** **sich** **aber** **gefragt** **sein** **lassen**, **daß** **es** **so** **nicht** **möglich** **geht**. **Schon** **seit** **dem** **20. Mai** **hat** **keine** **Versammlung** **mehr** **stattgefunden**, **weil** **die** **Mehrzahl** **der** **Kollegen** **so** **grenzenlos** **gleichgültig** **geworden** **sind**. **Es** **ist** **es** **dem** **gar** **so** **schwierig**, **sich** **aufzuwaschen** **und** **mitzugesellen** **an** **dem** **Wahnsinn** **unserer** **Organisation**, die **doch** **nur** **zu** **bedauern** **miß**, für **Co** **bessere** **Lebensbedingungen** zu **schaffen**. **Kollegen**, **denk** **darum**: **Einer** **für** **alle** **und** **alle** **für** **einen**! **Wenn** **Ihr** **dies** **Spruchwort** **in** **die** **Tat** **umsetzt**, **nur** **dann** **kommen** **wir** **zum** **Ziel**.

Der **Vereinsvorstand** in **Neustadt i. V.** **erlaubt** die **bortigen** **Mitglieder** **hiermit** **recht** **bringend**, **sich** **endlich** **einmal** **den** **Schlaf** **aus** **den** **Augen** **zu** **reißen** und die **nächste** **Mitglieder** **Versammlung**, **Sonntag**, **den** **10. September**, **Abends** **7 Uhr**, **boilsäßig** **zu** **besuchen**. **Seit** **Monaten** **ist** **es** **nicht** **möglich** ge-

wesen, die **Kollegen** **zusammen** zu **bestimmen**. **Kollegen!** **Es** **kann** **nicht** **Euer** **Wille** **sein**, **daß** **mit** **der** **Ergründung** **der** **kleinen** **Bohnplage** **unserer** **Vereinstätigkeit** **abgeschlossen** **sein** **soll**. **Wir** **haben** **noch** **viel**, **sehr** **viel** **für** **die** **Verbesserung** **unserer** **Lebenslage** **zu** **tun**. **Dazu** **muß** **aber** **jeder** **mit** **seinem** **Ein**. **Kollege** **darf** **sich** **absetzen** **stellen** **und** **denken**, **es** **geht** **ohne** **ihn**. **Rein**, **jeder** **muß** **von** **dem** **Gedanken** **erfüllt** **sein**: **ich** **will** **haben** **sein**, **ich** **bin** **ein** **Stück** **der** **Organisation**, **und** **nur** **durch** **die** **Organisation** **können** **bessere** **Zustände** **geschaffen** **werden**.

Eine von 60 Kollegen besuchte öffentliche **Maurer** **Versammlung** tagte am 8. September in **Odenburg** i. **Gr.** Der **zur** **zufriedenstellende** **Besuch** der **Versammlung** **bedeutet** **gegenüber** dem **bisherigen** **Zustand** einen **ansehnlichen** **Fortschritt**, wenn **man** **bedenkt**, daß **es** **hier** **in** **der** **letzten** **Zeit** **mit** **dem** **Gewerkschaftsleben** **unter** **den** **Maurern** **in** **mehr** **berga** **ging**. **Auf** **jeder** **Caution** **musste** **konstatiert** **werden**, daß **Odenburg** **der** **zurückgebliebenste** **Ort** **des** **ganzen** **Distrikts** **sei**. **Der** **Kollege** **Koch** **aus** **Groß-Ottersleben**, der **als** **Referent** **am** **wesend** **war**, **hatte** **am** **Tag** **vorher** **die** **Kollegen** **durch** **ein** **vom** **Baubureau** **in** **Dresden** **herausgegebenes** **Flugblatt** **nichtig** **aufgeklärt**, **was** **zur** **Folge** **hatte**, daß **sich** **in** **der** **Versammlung** **18** **Kollegen** **zum** **Eintritt** **in** **den** **Verband** **meldden**, **benen** **sich** **am** **6. d. M.** **16** **andere** **Kollegen** **anzuschließen**. **Die** **Diskussion**, die **sich** **an** **den** **Vortrag** **des** **Kollegen** **Koch** **anschloß**, **war** **recht** **interessant**. **Von** **Kollegen** **Koch** **war** **in** **Laufe** **seines** **Vortrages** **festgestellt** **worden**, **we** **in** **solcher** **starker** **Organisationen** die **Wohne** **in** **Deutschland** **gestiegen** **sind** und die **Arbeitszeit** **verlängert** **worden** ist. **Die** **organisierten** **Odenburger** **Kollegen**, die **sich** **die** **ganzen** **Jahre** **für** **die** **Organisation** **abgegeben** **haben**, **ohne** **nennenswerte** **Erfolge** **zu** **erzielen**, **wiesen** **auf** **den** **Erfolgen** **der** **Kollegen** **in** **den** **Magyarorten** **nach**, daß **die** **Odenburger** **Maurer** **selber** **Schuld** **hätten**, **wenn** **sie** **für** **einen** **Stundenlohn** **von** **88 $\frac{1}{2}$** **und** **nur** **weniger** **arbeiten** **müßten**. **Säßen** **sie** **nach** **dem** **halb** **verloren** **gegangenen** **Streik** **im** **Jahre** **1896** **nicht** **gleich** **die** **Flinte** **ins** **Korn** **geworfen**, **sondern** **die** **Fahne** **der** **Organisation** **mutig** **hochgehalten**, **so** **hätten** **sie** **heute** **einen** **Stundenlohn** **von** **60 $\frac{1}{2}$** **und** **wahrscheinlich** **auch** **die** **9 $\frac{1}{2}$ stündige** **Arbeitszeit** **statt** **der** **10 stündigen**. **Es** **wurde** **den** **unorganisierten** **Kollegen** **aber** **auch** **nach** **gedeutet**, daß **es** **noch** **nicht** **zu** **spät** **ist**, daß **Verämte** **nachzuholen**. **Sie** **erkannten** **dennoch** **auch** **durch** **ihre** **Mitgliederklärung** **an**, daß **es** **so**, **wie** **bisher**, **nicht** **weitergehen** **konnte**, **noch** **dazu**, **da** **die** **Wohnungs** **verhältnisse** **nicht** **in** **dem** **kleinen** **ländlichen** **Odenburg** **sowie** **die** **Preise** **für** **die** **Lebensmittel** **kapit** **in** **die** **Höhe** **gegangen** **sind**. **Nachdem** **dann** **noch** **recht** **er** **darüber** **diskutiert** **worden** **war**, **wie** **die** **Lohn** **und** **Arbeitsverhältnisse** **am** **Orte** **sein** **müßten**, wurde der **Gewerkschaftsausschuß** **beauftragt**, **sich** **einmal** **erlaubt** **mit** **dieser** **Angelegenheit** **zu** **beschäftigen**. **Mit** **der** **Bitte** **an** **die** **Älteren** **Mitglieder**, **nur** **erst** **recht** **ihre** **Pflicht** **zu** **tun** und eine **Maßnahme** **an** **die** **jüngeren**, die **ersteren** **kräftig** **zu** **unterstützen**, **damit** **die** **Odenburger** **Maurer** **nach** **sechszehnjährigen** **Schlaf** **endlich** **einmal** **wieder** **ganz** **aufwachen**, wurde die **Versammlung** **gegen** **10 Uhr** **geschlossen**.

In der letzten Monatsversammlung des Zweigvereins **Brenzlau**, am 30. August, hielt Kollege **Schauer-Stettin** einen **vorläufigen** **Vortrag** über: **Der Stand der Maurerbewegung** und die **Praktiken** **des** **Unternehmers**. **Be** **schlossen** wurde, eine **festliche** **Agitation** zu **einleiten**, **damit** **die** **uns** **noch** **fehlernden** **Kollegen** **dem** **Verband** **zugeführt** **werden**. **Ferner** **soll** **streng** **darauf** **geachtet** **werden**, daß **die** **festgesetzte** **Arbeitszeit** **nicht** **überschritten** **wird**. **Mit** **einem** **kräftigen** **Hoch** **auf** **das** **Gedeihen** **des** **Verbandes** **wurde** **die** **Versammlung** **geschlossen**.

In **Tauscha** wurde am 26. August eine öffentliche **Maurer** **Versammlung** **abgehalten**. **Kollege** **Wäber** **referierte** **über** die **Streik** **im** **Baugewerbe**. **Dann** **führte** **Kollege** **Näther** **die** **Lohnverhältnisse** **am** **Orte** **und** **besonders** **bei** **der** **Stema** **Sperling**. **Der** **Winkelhölz** **ist** **auf** **48 $\frac{1}{2}$** **festgesetzt** **worden**, **es** **werden** **aber** **von** **fast** **allen** **Unternehmern** **48 $\frac{1}{2}$** **und** **darüber** **gepagt**, **nur** **Sperling**

1901 und 1881 im Jahre 1900) auf. Von den Unfällen haben sich relativ die meisten zugerechnet bei Eisenbahnbauten, Kanals, Hafens, Fluß- und sonstigen Wasserbauten mit Anwendung von Schienengeleisen und Maschinenbetrieb: 689, bei den gleichen Bauten ohne Maschinenbetrieb: 139, Kanalarbeitsarbeiten: 216, Durchlässe, Unterführungen, Schleusen, Räumearbeiten, Brücken zc.: 128, Wegebauten mit Anwendung von Schienengeleisen: 187, Eisenbahnoberbauten und Straßenbahnoberbauten: 81, Erdarbeiten und Anwendung von Schienengeleisen ohne maschinelle Einrichtungen: 60. Bei der Gruppe „Zusammenbruch, Erdbeben zc.“ hat sich die Zahl der Unfälle um 107 vermehrt. Gerade hieran ersieht man, daß es an den nötigen Betriebseinrichtungen und an sachverständiger Aufsicht gefehlt hat.

Wenn auch der Genossenschaftsvorstand die Verrichtung nicht unterdrücken kann, daß Unachtsamkeit der Arbeiter und Unkenntnis in der Handhabung der Geräte zum Teil Schuld an den Unfällen sind, so wird doch im Bericht auch betont, daß mangelhafte Betriebs-Einrichtungen und mangelhafte Aufsicht den Anlaß zu Unfällen geben. Der Vorstand erkennt an, daß auf die Unfallverhütung noch immer zu wenig Wert gelegt wird. „Trotz der siffermäßig erwiesenen Lastlage einer recht großen Unfallbelastung unserer Berufsgenossenschaft, begründet man bei den einzelnen Mitgliedern noch immer allzu häufig der Meinung, daß in ihren Betrieben Unfälle überhaupt nicht oder doch nur sehr selten vorkämen.“ Diese Gleichgültigkeit verurteilt der Vorstand durch den Hinweis auf das Interesse an den Geldwerten: „Wenn ich nicht aus anderen, so doch aus Gründen des materiellen Eigeninteresses muß es als die herabzuziehende Aufgabe betrachtet werden, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wenigstens der stetigen Zunahme der Unfälle entgegenzuwirken.“

Erkenntniswert ist es auch, daß der Vorstand eine Gefahr in der stetig zunehmenden Zahl der Ausländer sieht, die sich keineswegs durch Intelligenz und Handfertigkeit auszeichnen und daß in den Tiefbaubetrieben immer mehr ungebildete und ungelernete Arbeiter beschäftigt werden, obwohl die Einrichtungen, Geräte, Maschinen zc. immer komplizierter und auch das Arbeitsgebiet überhaupt unendlich vielfältiger geworden ist. — Wichtig ist es ohne Zweifel, daß durch den ungemein großen Wechsel der Arbeiter und durch das vielfach ganz ungedultfertige Betragen von Ausländern die Unfallgefahr erheblich steigt. Wenig sichtlich ist es aber, wenn der Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft die Notwendigkeit der ausländischen Arbeiter wie folgt begründet:

„Die Beschäftigung bei Erdarbeiten und Tiefbauten ist allzu häufig für die deutschen Arbeiter nur ein Nothbehelf, wenn in dem eigenen Beruf eine Stodung eintritt, oder der Hunger den Arbeitslosen zum Aufsuchen des Verdienstes treibt, oder in den Rauen der Landwirtschaftlichen Tätigkeit das zeitweise Mitnehmen des höheren Verdienstes bei Tiefbauten loht.“

Die Tiefbau-Unternehmer mögen nur recht energisch darauf hinwirken, daß die Lebensbedingungen der Arbeiter an den großen Erdarbeiten und Tiefbauten grünlich geändert werden, damit die Arbeiter sich auch als Menschen fühlen können, dann werden auch deutsche Arbeiter, was der Vorstand sehr vernunft, für Erdarbeiten genug zur Verfügung stehen, die jahraus, jahrein ihrem Beruf treu bleiben. Ist es übrigens dem Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft ganz unbekannt, daß insbesondere die staatlichen Baubehörden geradezu darauf dringen, daß an Eisenbahnen, Kanals und anderen großen Bauten vorzugsweise ausländische Arbeiter beschäftigt werden, um den ewig „notleidenden“ Landwirten die billige deutsche Arbeitskraft nicht zu entziehen? Und werden nicht darum auch gerade bei großen staatlichen Erdarbeiten so ganz unzureichende Löhne gezahlt, um den deutschen Landarbeiter nicht respektlos zu machen? Die Erds- und Tiefbau-Unternehmer wären schon längst in der Lage gewesen, sich für gewöhnliche Zeiten einen ausreichenden Stamm tüchtiger deutscher Arbeiter heranzubilden, wenn sie nur den guten Willen dazu gehabt hätten. Dazu gehört aber, daß man bei nicht zu lang bemessener Arbeitszeit auskömmliche Löhne zahlt und Einrichtungen schafft, die den Arbeitern den Verrieb lieb und wert machen. Davon hat man aber in praxi noch nichts verspürt.

Ganz richtig wird in dem Bericht hervorgehoben, daß die Zeiten vorüber sind, wo der Begriff „Erdarbeiten“ oder „Tiefbauten“ mit dem Gebrauch von Hade und Schaufel, der Hacke und allenfalls der zweirädrigen Pflarre zu identifizieren war. Auch der Erds- und Tiefbau benötigt der kenntnisreichen Arbeiter in großer Zahl, um so mehr ist es notwendig, die „Unfähigkeit“ der Arbeiter durch taugliche Mittel zu überwinden.

Sehr erschreckend ist es, daß der Vorstand der Berufs-genossenschaft dem Ueberhandnehmen der Unfälle durch eine Vermehrung der Aufsicht entgegenzutreten will und zwar sollen die Aufseher selbst ihr Fach gründlich verstehen und fähig sein, den ungelerten Arbeiter zu unterweisen und anzuleiten. Auch soll die Ausdehnung des ihnen zugewiesenen Bezirks so bemessen werden, daß die Aufseher in der Lage sind, leichtsinniges und fahrlässiges Verhalten der Arbeiter, die Unternehmer und Schichtmeister handeln betamlich nie leichtsinnig und fahrlässig. Die Reklamation ist fähig zu beschließen und zu verhindern. — Das Vorhaben des Vorstandes ist ja sehr loblich, er selbst hat aber starke Zweifel, ob die Mitglieder der Berufs-genossenschaft diesem Plane zustimmen werden, weil die Vermehrung der Aufsicht eine Erhöhung der Kosten herbeiführt, die die Preise nicht tragen können. Diesen Einwand will aber der Vorstand keineswegs gelten lassen: Gerade die rüchichtslose Konkurrenz ohne jede vernünftige Kalkulation ist schuld daran, daß die Unfallverhütungsvorrichtungen keine ernsthafte und gründliche Beachtung finden. — Das ist wahrlich ein Schuß ins Schwarze. Aber wird er an den Zuständen etwas ändern? Schwierig! Der Vorstand berichtet zwar: noch strenger als bisher auf die strikteste Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten, wir beschließen aber, zu einer wirklichen Kontrolle der Betriebe und Verhütung der Unfälle wird er sich nicht aufraffen.

Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft hat sechs technische Aufsichtsbearbeiter angestellt, allerdings für das ganze Reichs-

gebiet viel zu wenig. Von 12 823 vorhandenen Bauarbeiten sind denn auch nur 1674 technisch revidiert worden, und davon mußte fast die Hälfte (701) bemangelt werden. Zu der Zahl der Verletzungen steht die Zahl der Strafen in gar keinem Verhältnis. Es wurden nämlich fünf Unter-nehmer bzw. Bauherren gerichtlich und fünfzehn durch die Berufs-genossenschaft bestraft. Die höchste Strafe für fahrlässige Tötung von Arbeitern war drei Monate Gefängnis, die Berufs-genossenschaft verhängte in neun Fällen Geldstrafen von 4 bis 300 und in sechs Fällen wurden die Unternehmer in eine höhere Gefahrenklasse eingestuft. Der Bericht verdient Anerkennung und Nachahmung. Unseres Wissens berichtet kein anderer Berufs-genossenschaftsvorstand in ähnlicher Weise.

Ans Unternehmerkreise.

* **Norddeutscher Innungsbezirkverband.** Dieser Unternehmervereinigung hat ihren vierzehnten Beiratsstag Anfang August zu Flensburg abgehalten und als Unter-abeilung hat auch eine Delegiertenversammlung des Norddeutschen Baugewerksvereins getagt. Bei dieser Gelegenheit hat der Obermeister Zummert Hamburg auch über die Lohnbewegung im Hamburger Baugewerbe geäußert. Es war nicht viel und für die Arbeiterschaft auch nicht neu, was Zummert sagte, aber es ist doch ganz gut, wenn das durch den Mund des Unternehmerführers bestätigt wird, was in Arbeiterkreisen gewissermaßen nur vermutet werden kann. Nach der „Baugewerks-Ztg.“ sagte Zummert in bezug auf die diesjährige Hamburger Lohnbewegung: „Nach Konferenzen der Bauhütten Hamburg mit der Industrie, den Weibern und der Kaufmannschaft habe letztere (?) den Gefellenforderungen gegenüber Stellung genommen und der Arbeitgebern und Hamburg-Altona habe zur Abwehr dieser Forderungen große Summen zur Verfügung gestellt.“ Aber — so sagt Zummert in seinem Hamburger Spezialbericht — die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte mit Rücksicht auf die Gesamt-lage des Hamburgischen Baugewerbes nicht länger hinausgeschoben werden. Zummert rebete dann noch von einem Ultimatum, das den Gefellen in diesem Jahre gestellt worden sei; da befindet er sich aber im starken Irrtum. Ein „Ultimatum“ war's nicht, sondern ein einfaches Angebot, das von den Gefellen abgelehnt wurde.

Die enge Verbrüderung von Baugewerksmeistern und Grundstückspekulanten beschäftigte die Delegiertenversammlung durch die Annahme folgenden Antrages an den Innungsverband deutscher Baugewerksmeister: „Die Delegiertenversammlung beschließt, den Z. B. D. B. zu ersuchen, bei den betreffenden Ministerien sowie bei den Kommunalbehörden dahin vorstellig zu werden, daß Gelder der Verdingungsanstalten u. d. a. mündelsicher und nur zu dem ortsblichen Zinsfuß belegt werden.“

Dieser Antrag richtet sich gegen die Baugenossenschaften, die bezwecken, die Wohnungen so abzuhelfen, namentlich den Arbeitern und kleinen Beamten gesunde und billige Wohnungen zu beschaffen. Solchen Genossenschaften werden von den Versicherungsanstalten (Invalidentversicherung) Waugelber zu billigerem als dem „ortsblichen“ Zinsfuß zur Verfügung gestellt, und das paßt den Herren „Baumeistern“ nicht. Angeblich soll die Privatbautätigkeit dadurch ganz bedeutend gemehrt werden. Das ist aber ein Argument, das mit den Tatsachen gar nicht in Einklang zu bringen ist. Nur weil die Grundstückspekulanten den Bau von kleinen Wohnungen zu angemessenen Preisen systematisch seit Jahren verhindert haben, haben sich die Baugenossenschaften entwickeln können. Die Privatbautätigkeit hat auf diesem Gebiete eben völlig versagt. Die Interessen der Baugewerksmeister, die nur auf die Ausübung ihres Handwerks angezogen sind, werden keineswegs durch die Baugenossenschaften geschädigt. Der freilich Besitzer mehrerer Häuser ist und die Mchung seines Gewinnes darin sucht, in kurzen Zwischenräumen die Mieter seiner Wohnungen zu steigern, die ist jeder Zuwachs billiger und gesunder Wohnungen ein Dorn im Auge. Zu dieser Kategorie von Menschen gerechnet zu werden, müssen die Delegierten des Baugewerksvereins sich ihrem Antrage nach schon gefallen lassen.

Schließlich beschäftigte sich der Delegiertenstag noch mit einem Punkt, der dem Innungsverbandstag zu Steffin zur Veranung vorliegen soll: „Empfiehlt der Innungsverband den Abschluß von Verträgen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Ein kleiner und ein Bremer Delegierter sprachen sich für den Abschluß solcher Verträge aus. Kleinwort-Hamburg berichtete, daß in Hamburg alles versucht sei. (Was denn? Die Gefellen und Arbeiter kein zu kriegen, ist wohl versucht worden, aber mit einem Tarifvertrag, wie er in anderen großen Städten besteht, hat die Hamburger Innung noch keinen Versuch gemacht. Die Red.) In diesem Jahre ist Hamburg zu der Einsicht gekommen, gar nicht zu unterhandeln, sondern Lohn- und Arbeitszeit zu bestimmen. Zummert ergingte diese Ausführungen dahin, daß der Gesetzgeber auf'sich in Hamburg das Anerkennen der Innung, für die Regelung der letzteren sämtliche bei Innungsmeistern arbeitenden Gefellen zusammen zu berufen, schon abgelehnt habe, damit dokumentierend, daß der Gesetzgeber auf'sich nicht auf dem Boden des Gesetzes stehen wollte.

Diese „stiefgründige Weisheit“, die auch in der famosen „Denkschrift“ ein Abtagerungsstätte gefunden hat, sollte der Hamburger Obermeister sich patentieren lassen. Wir kennen keine Bestimmung in dem sogenannten Handwerksgesetz, wonach der Gefellenausschuß verpflichtet ist, eine Versammlung einzuberufen. Wenn es der Innung so sehr um eine Verarmung der bei den Innungsmeistern beschäftigten Gefellen zu tun war, hätte sie ja selbst die Verarmung einzuberufen können, sie hat es ja auch, um überhaupt einen Gefellenausschuß zu haben zu bringen.

Weiter sagte Zummert: Handel und Industrie verstehen es nicht, daß gute und minderwertige Arbeit, welche bei diesen nach Leistung, bei dem Bauhandwerk dagegen gleich hoch bezahlt wird. Zummert sieht die Zeit kommen, wo der Gefelle nach seiner Fähigkeit bezahlt wird.

Darüber wird sich ja reden lassen; wir sehen dabei vor-ans, daß nicht Zummert und Gefellen, sondern die Gefellen über den Gradmesser der Fähigkeit zu bestimmen haben.

Aus anderen Berufen.

* Der Streik der **Stuckateure** und **Bauer** in **Duisburg** ist beendet. Die Streikenden haben einige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht.

* Der **Ausland der Vorkammararbeiter** in **Leitau** ist nicht beendet. Am 28. August stand die Angelegenheit so, daß alle Beteiligten annahm, der Friede sei besiegelt, und auf Grund dieser Annahme wurde die Nachricht von der Verdingung des Kampfes verbreitet. Die Fabrikanten haben aber durch ihr Verhalten das, was alle Welt als selbstverständlich annahm, als Irrtum erwiehen. Die neueste Nummer der „Arbeits“ des Organs der Vorkammararbeiter, schreibt über diese Angelegenheit:

„Die unrichtige Meldung ist darauf zurückzuführen, daß am 25. August durch Vermittelung des Vorsitzenden der Gewerbe-Inspektion zu Bayreuth, Schaubert, Vereinbarungen getroffen wurden, nach welchen der Friede gesichert schien. Die Grundfrage für die Verdingung bildete die Anerkennung des Koalitionsbrotts und die Wiedereinstellung aller noch am Ort vorhandenen Ausgesperrten, welche letztere in Müllstadt auf die durch die Ausperrung herbeigeführten Betriebsverhältnisse nur nach und nach und erst erfolgen sollte. Andere Fragen waren von geringerer Bedeutung. Eine Kommission, welche bei der Fabrikation um Ausfertigung des Vergleichnisses der zunächst einzustellenden erucht hatte, war schon proßig abgewiesen und in den nächsten Tagen bestritt Direktor Wirtner, nachdem er eine schriftliche Formulierung der Abmachungen verlangt und erhalten hatte, wie sie von dem Vertreter der Gewerbe-Inspektion den Ausgesperrten als feinerseits mit der Direktion getroffene Vereinbarungen übermittelt worden waren, zum großen Teil von diesen Vereinbarungen wieder dem Sinne nach dem Wortlaut nach überhaupt etwas zu wissen. Damit war der Friedenspaß zerfallen. Dem Gewerbe-Aufsichtsbearbeiter mußten wir es zunächst überlassen, wie er sich mit der Verdingung des Direktors abfindet. Wir aber kämpfen weiter um unser Koalitionsrecht. Wir können in Ruhe abwarten, bis die Fabrikleitung anderen Sinnes wird. Wir haben ja Zeit. Freilich Mut auch!“

Gewerbliche Rechtsplege und Arbeiterversicherung.

* **„Fett und bequem“** werden inbald **Arbeiter** bei **300 Jahresrente**. Die Vertrauensärzte der Berufs-genossenschaften haben schon manches geleistet, aber ein Stücklein, wie es jetzt der „Stettiner Volksbote“ mitteilt, ist uns doch noch nicht vorgekommen. Ein Fortarbeiter, der infolge von zwei Unfällen vollständig erwerbsunfähig war, bezog durch zwei Jahre die Vollrente. Im Herbst 1902 sollte seine Rente herabgesetzt werden. Auf seine Veranung wurde er auf Veranlassung des Schiedsgerichts von einem Dr. Berndt untersucht und in dessen Gutachten lautet der Schluss:

„Aufser einer geringen Schwellung und Empfindlichkeit des rechten Fußes sind alle Folgen des Unfalles oder der Unfälle nicht mehr nachweisbar. Dagegen ist der Mann im Genuß seiner hohen Rente fett und bequem geworden. Es ist die höchste Zeit, daß er wieder ordentlich zu arbeiten anfängt. Mit dem Schwinden des saulen Fettes werden auch die jetzt noch vorhandenen geringen Beschwerden vergehen. Ich halte eine Uebergangsrente für 30 (dreißig) pSt. Erwerbsunfähigkeit für völlig ausreichend. Nach einem Jahre wird der Mann vorausgesetzt eine noch größere Arbeitsfähigkeit erlangt haben, vorausgesetzt, daß er arbeitet.“

gez. Dr. Wendt.“
Man beachte, daß der Mann Fortarbeiter ist. Nach § 6aa des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter wird die Rente berechnet nach dem durchschnittlichen Jahresverdienst, der ohne Rücksicht auf den Individuallohn durch die Verwaltungsbehörde festgestellt wird. Für den Betrag, zu dem der betreffende Fortarbeiter gehört, ist der durchschnittliche Jahresverdienst auf 450 festgesetzt, so daß die Vollrente — zwei Drittel des Lohnes — 300 f. e. i. n. J a h r beträgt. Der unglückliche Fortarbeiter, der nach der Angabe unseres Stettiner Parteiblattes auch verheiratet ist, hat also monatlich 25 Rente bezogen. Man muß fast an der Berechnungsunfähigkeit eines Arztes zweifeln, der angesichts solcher Tatsachen schreiben kann, der Verunglückte sei im Genuß seiner hohen Rente fett und bequem geworden. — Welche Entscheidung das Schiedsgericht gefaßt hat, wird in dem genannten Blatte nicht mitgeteilt.

* **Schiedsberichter** des **Reichsversicherungsamts** für **das Jahr 1902**. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung bestanden 114 Berufs-genossenschaften (66 gewerbliche, 48 landwirtschaftliche) mit 519157 Mitgliedern und 18 073 147 versicherten Personen, sowie 197 Reichs- und Staats- und 282 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden mit 798 565 versicherten Personen.

Die vorläufig ermittelte Unfallkassier betrug 488 706 (im Jahre 1901 = 476 260), wovon 120 856 (1901 = 118 088) entschädigt wurden. Renten wurden gezahlt an 688 281 Verletzte, 57 316 Witwen-Geldtöter, 90 776 Kinder und Entgel-Geldtöter, und 3328 Wfentenden, ferner an 13 597 Wittwen, 30 020 Kinder und Entgel und 300 Wfentenden als An-geldtöter von in Sektinalstellen Untergeldtötern, zusammen an 834 566 Personen.

Im Jahre 1902 wurden auf Grund der Unfallversicherungsgesetze 917 330 versicherungsfähige Beschäftigte (163 547 in gewerblichen, 163 788 in landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften) ertastet. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung bestanden 129; die Zahl der bei diesen anhängig gemachten Verurteilungen betrug 66 014 in Unfallversicherungsgesetzen und 7942 Anträge auf anwerbentwärtige Feststellung der Entschädigung. Von je 100 versicherungsfähigen Beschäftigten wurden nur 17,65 pSt. im Versicherungswege angefochten (21,82 pSt. in gewerblichen und 18,23 pSt. in landwirtschaftlichen Unfällen), und zwar handelte es sich um 28 442 Beschäftigte, in denen der Entschädigungsanspruch abgelehnt und um 27 572, in denen eine Entschädigung festgestellt war. Die Zahl der zu bearbeitenden Verurteilungen war wesentlich höher, wahrscheinlich durch Annullierung aus früheren Jahren. Sie betrug 66 836, von denen 65 594, gleich 83,18 pSt., erledigt wurden und zwar 366 (0,66 pSt.) durch Zurückweisung, 8410 (6,13 pSt.) durch Zurücknahme, 1613 (2,90 pSt.) durch Vergleich, 688 (1,06 pSt.) durch Erkenntnis, 48 557 (87,94 pSt.) durch Urteil der Schiedsgerichte und 760

(1,37 pSt.) auf andere Weise. Von den durch Urteil erledigten Berufungen führten 18 000 (29,01 pSt.) zu billiger oder teilweise Aufhebung des angefochtenen Bescheides, während 34 351 (70,74 pSt.) die Entschuldigungen der Berufungsgesellschaften bestätigten. Die Zahl der Reklusen betrug 19 144 (1901 = 16 544). Dabon wurden 18 249 (69,3 pSt.) erledigt, und zwar 11 670 (58,1 pSt.) durch Urteil, 840 (6,8 pSt.) durch einfachen Beschluß als unzulässig, ungerechtfertigt oder verspätet und 789 (6,6 pSt.) durch Zurücknahme oder Vergleich, während 6895 unerledigt blieben. Bei den Reklusen handelte es sich in 14 050 Fällen um solche der Verlichteren und in 6094 Fällen um solche der Berufungsgesellschaften. Zu billiger oder teilweise Milderung der angefochtenen Gerichtsurteile kam es in 3404 Fällen (29,2 pSt.), zur Verstärkung derselben in 8266 Fällen (70,8 pSt.). Im Berichtsjahre schieden 6 nichtständige und stellvertretende nichtständige Mitglieder vom Stande der Arbeitgeber aus dem Reichsversicherungsamt aus, wofür die Nachwahlen eingeleitet wurden. Die Wahlen für die Vertreter der Arbeiter in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten haben stattgefunden; zu wählen waren für 80 gewerbliche Berufungsgesellschaften 2166 Arbeitervertreter und 4262 Ersatzmänner. Unfallversicherungsrichtlinien wurden im Berichtsjahre von 21 weiteren Berufungsgesellschaften erlassen, so daß jetzt 58 gewerbliche Berufungsgesellschaften bestehen. Die Zahl der technischen Aufsichtsberechtigten zur Überwachung der beruflichen Betriebe beträgt bei 49 Berufungsgesellschaften 134; die Gewerkschaften leisten ihre Betriebe durch die Beamten des „Germanischen Lloyd“ übergeben.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung bestanden 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassene Kassen, bei denen am 1. Januar 1903: 755 529 Renten im Umlage waren, nämlich 574 833 Invaliden-, 12 146 Kranken- und 168 550 Altersrenten. (1901 insgesamt 675 095, davon 488 945 Invaliden-, 8700 Kranken- und 179 450 Altersrenten.)

Die Vertragseinnahme belief sich auf 139 Millionen Mark, vorausgesetzt wurden für Invalidenrenten 78,9 Millionen Mark, für Krankenrenten 1,8 Millionen Mark, für Altersrenten 23,5 Millionen Mark und für Beitragsverpflichtungen 7 Millionen Mark. Von 887 001 berufungsabhängigen Bescheiden der Versicherungsanstalten und -Kassen im Jahre 1903 wurden 22 092 (1901: 18 293) im Berufungswege angefochten. Auf je 100 berufungsabhängige Bescheide (92,3 pSt. Invaliden-, 7,7 pSt. Alterssachen) entfallen 11,4 pSt. Berufungen (11,8 pSt. in Invaliden- und 7,3 pSt. in Alterssachen). Von den Berufungen wurden durch die Schiedsgerichte 80,3 pSt. durch Urteil, 4,1 pSt. durch Zurücknahme, 5 pSt. durch Anerkennung, 0,7 pSt. durch Zurückweisung und 2,1 pSt. auf andere Weise erledigt. Eine billige oder teilweise Milderung der angefochtenen Bescheide wurde in 17,8 pSt. der durch Urteil erledigten Berufungsfälle erreicht. In 8897 Fällen fand Beweisaufnahme statt. Das Reichsversicherungsamt hatte sich mit 8915 Revisionen (1901 nur 8170) zu befassen. An der Zunahme der Revisionen sind die der Versicherungsanstalten etwas mehr als die der Verlichteren beteiligt. 1901 Revisionen, also fast die Hälfte der Gesamtzahl, kamen aus den preussischen Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen. Der Geschäftsbereich führt dies sehr unwahrscheinlicher Weise auf die Wirtschaften von Reichsrenten in den Kreisen der politischen Arbeiterbevölkerung zurück. Im Durchschnitt kamen auf je 100 Schiedsgerichtsbescheide 26,95 Revisionen, davon 24,0 von Seiten der Verlichteren und 2,95 pSt. von den Berufungsgesellschaften. Erledigt wurden 68,19 pSt. der Revisionen, und zwar von diesen 87,22 pSt. durch Urteil, 12,78 pSt. durch Vergleich, Zurücknahme etc. In 4,69 pSt. der durch Urteil erledigten Revisionen wurde durch das Reichsversicherungsamt eine billige oder teilweise Milderung der Schiedsgerichtsbescheide erreicht, in 76,92 pSt. die Urteile der letzteren bestätigt, während 18,49 pSt. der Revisionen in die Vorinstanzen zurückverwiesen wurden. Die von Verlichteren ausgehenden Revisionen bedingten eine Milderung der Vorinstanzbescheide überhaupt nur in 1,91 pSt. der Fälle (1901: 1,59 pSt., 1900: 6,26 pSt.) zu erreichen, während die Revisionen der Berufungsgesellschaften in 27,08 pSt. der Fälle (1901: 25,79 pSt., 1900: 17,01 pSt.) diesen Erfolg hatten.

Polizei und Gerichte.

* **Schadenersatz wegen Boykott.** Eine für die Gewerkschaften recht interessante Frage ist kürzlich beim Landgericht in Lübeck anhängig gemacht worden. Ein Maurer namens Koch ist auf Veranlassungsbefehl im Jahre 1901 in Lübeck aus dem Zentralverband der Maurer ausgeschlossen worden, weil er als „Arbeitswilliger“ tätig gewesen war. Er ging dann nach Schwarzensee, wo er von neuem, widerrechtlich, die Mitgliedschaft im Verband erwarb, die er auch, da weder der Lübecker Zweigverein noch der Verbandsvorstand von der Wiederaufnahme Kenntnis erhielten, bis zum Juni 1903 beibehielt.

Zu Anfang Juni d. J. kam Koch wieder nach Lübeck und trat beim Maurermeister Stappfeld in Arbeit. Bei den bei St. beschäftigten Verbandsmitgliedern war die frühere Tätigkeit K. jedoch noch nicht in Vergessenheit geraten und freundlich ist er wohl nicht aufgenommen worden. Nach der Klageschrift ist Stappfeld dann vor die Alternative gestellt worden, entweder den Koch zu entlassen, oder sonst die ArbeitsEinstellung der übrigen auf dem Bau beschäftigten Maurer zu gefährden.

Stappfeld hat das erstere vorgezogen. Daraus gründet Koch seinen Entschädigungsanspruch als Verklagte kommen 11 Maurer in Betracht, und seinen Schaden hat Koch insgesamt auf 8 326,97 angegeben. Die Summe setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Mäher will in der Zeit vom 6. Juni bis zum 2. Juli arbeitslos gewesen sein, danach Lohnausfall für 23 5/8 Stunden à 55 $\frac{1}{2}$ = 129,52. Für zwei Meilen nach Hamburg und für Annoncen hat er 14,45 ausgegeben. Weiter nimmt Koch an, daß er etwa sechs Monate bei Stappfeld hätte in Arbeit sein können, und da er in seiner gegenwärtigen Stellung (in der Fabrik von Carl Ziel & Söhne) nur 4 $\frac{1}{2}$ pro Tag verdient, rechnet er für 150 Tage einen Lohnausfall von 1,22 pro Tag auf, den er gleichfalls von den Verklagten erst hat will. Dieser Lohnausfall macht die Summe von 188 aus.

Dem Mäher ist zur Durchführung seiner Klage das Armenrecht gewährt worden. Die Rechtsanwaltsfirma Dr. Vermeiren, Dr. Witten und Dr. Schorer will die Klage vertreten. Auf die Begründung der Klage eingelehen, lobt

sich heute nicht, da wir demnächst doch eingehend darauf zurückkommen müssen. Das Gericht hat als Verhandlungstermin den 18. Oktober angesetzt.

Antwärtig an diese Vorklageschichte sei daran erinnert, daß im vorigen Jahre ein Maurer Nieland, gleichfalls in Lübeck, eine ähnliche Klage beim Gericht anhängig gemacht hatte. Er verlangte damals neben dem Schadenersatz von 20 000 pro Woche auch ein Gerichtsurteil, wonach jeder ferneren Spreverhängung über Witten, mo er (Nieland) arbeite, vorgebeugt werde. Der Kläger schied sich aber von der Ausübung seines Begehres überzeugt zu haben, denn die Verklagten haben seit bald einem Jahre nichts mehr von der Angelegenheit gehört.

* **Unzulässige Verträge.** Ist ein Vertrag, der den Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation verbietet, rechtmäßig und kann infolge Verletzung solcher Abmachungen das Arbeitsverhältnis sofort gelöst werden? Diese Frage hat das Amtsgericht in Wühhildorf am Inn (Wähern) verneint. In Wühhildorf waren die Tischler der Fabrik von Kempf & Geiger im Winter durch Meyers verpflichtet worden, daß keiner Mitglied des Holzarbeiterverbandes sein noch werden dürfe; im anderen Falle sollten sie sofort ohne Kündigung entlassen werden. Im übrigen besteht laut Fabrikordnung 14tägige Kündigungsfrist und die Kündigung kann nur an Zahltagen erfolgen.

Die bei Kempf & Geiger beschäftigten Tischler haben aber hinterher doch eingeschlagen, daß ihr Anschluß an den Holzarbeiterverband notwendig sei und sind Mitglieder dieser Organisation geworden. Den durch unternehmer des Meyers geschlossenen „Vertrag“ haben sie also gebochen. Als die Fabrikleitung dies gemahrt wurde, schritt sie zur sofortigen Entlassung von 31 Tischlern, die dann bei dem zuständigen Amtsgericht auf Entschädigung klagten. Und so am 25. April der letzte Zahltag war, die Entlassungen am 27. bezog. 29. April erfolgten, so verlangte die Entschädigung für 21 Arbeitstage, nämlich 10 Tage bis zum laut Arbeitsordnung zulässigen Kündigungstag, dem nächsten am 9. Mai zutreffenden Zahltag, und von diesem Tage ab Entschädigung für 14 Tage bis inklusive 23. Mai.

In der Verhandlung am 23. Juni hat das Gericht die Firma Kempf & Geiger verurteilt, an 22 Tischler 1038,80 als Entschädigung und 4 pSt. Zinsen ab 23. Mai zu zahlen, auch hat die verurteilte Firma die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Damit hat das Amtsgericht den „Vertrag“, durch den die Arbeiter die Zugehörigkeit zum Verband unter Androhung der sofortigen Entlassung verboten wurde, für rechtmäßig erklärt. Die Gesamtlageumme betrug ursprünglich etwas mehr als 2000; fünf weitere Klagenprüfungen stehen noch aus und da eine Anzahl der Entlassenen nach kurzer Zeit wieder anderweitig zum Teil lohnendere Arbeit erhalten hatten, reduzierte sich der Klagenanspruch auf oben genannte Summe.

Das Gericht hat sich vornehmlich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Auf Grund des § 134e der Gewerbeordnung ist die Fabrikordnung für beide Teile rechtsverbindlich und dürfen in ihr andere als in den §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung vorgezeichneten Gründe der Entlassung im Arbeitsvertrag nicht vereinbart werden, denn nach § 162 der Gewerbeordnung ist es erlaubt, sich zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen, zusammenzuschließen, und eine solche Vereinigung stellt der Deutsche Holzarbeiterverband dar. Ein Vertrag, der außerhalb der Fabrikordnung abgeschlossen und das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausschließt oder den Arbeitern verbietet, einer solchen Vereinigung beizutreten, verstößt gegen den § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der ausdrücklich besagt, „ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“ Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage“ usw. „sich Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt.“ Desgleichen ist ausdrücklich durch § 306 festgesetzt: „Ein auf eine unmögliche Leistung gerichteter Vertrag ist nichtig.“

* **Arbeitersekretariat und Veranlassungsrecht.** Daß in Oberhessen vieles anders gemacht wird, als sonst im Staate, ist längst nichts neues mehr. Die Gewerkschaftsbewegung in jenem südböhmischen Winkel des Reiches weicht ein Lied davon zu singen. Daß aber jetzt die legale Tätigkeit eines Arbeitersekretariats als Ueberrichtung des preussischen Veranlassungsrechts geschadet wird, hat doch den Reiz der Neuheit für sich und wird in allen juristischen Kreisen Verwunderung erregen. Der frühere Arbeitersekretär Dr. Winterknecht ist von dem hiesigen Schöffengericht und Landgericht wegen Veranlassung einer nicht angemeldeten Versammlung zu 40 Geldstrafe verurteilt worden. Zu den Objectionsinstanzen des Weuhener Sekretariats gehört die sachverständige Beratung und Vermittlung der Arbeitsstreitigkeiten, die besonders in Oberhessen unerlässlich ist. Am 8. Januar d. J. brach auf der Florentiner Straße ein Streit aus und die Ausführenden, in der Annahme, der Arbeitersekretär werde mit der Grubenverwaltung verhandeln, kamen täglich vor dem Sekretariat zusammen, so auch am 12. Januar, an welchem Tage der Leiter der Ausführenden, Sch., sich mit Dr. Winter über die Arbeiterforderungen im Sekretariat beriet. Um Marszeit zu gewinnen, beschränkte sich Sch. auch mit draußen lebenden Arbeitern und lernte mit fünf derselben in das Sekretariat zum, um dort die Wünsche der Ausführenden in korrekter Form zu Papier zu bringen. Das wurde von Dr. Winter befohlen, das Schriftstück vorlesen und von den Anwesenden unterzeichnet, nach und nach kamen die Ausführenden selbst in das Sekretariat, um die formulierten Forderungen, auf deren Basis Dr. Winter verhandeln sollte, zu unterzeichnen.

In dieser sich völlig im Rahmen der Sekretariats-tätigkeit haltenden Mitwirkung Dr. Winters erwiderte die Weuhener Polizei die Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. „Löst diese auf“ und die Folge war die Anklage und Verurteilung Dr. Winters zu der eingangs erwähnten Strafe. Die von Dr. Winter gegen das Schöffengericht eingelegte Verurteilung wurde vom Landgericht kostenpflichtig verworfen. In der Begründung heißt es:

„In den Räumen des Sekretariats sind Hunderte von Arbeitern versammelt gewesen, wenn auch nicht auf einmal, so doch nacheinander. Das Zusammenkommen der Arbeiter hat den Zweck gehabt, ihre Wünsche in der ihnen von Ange-

klagen gegebenen Form und Fassung der Grubenverwaltung zu unterbreiten. Diese auf gemeinsamem Willen beruhende, nicht rein zufällige, sondern durch Sch. mit Wissen des Angeklagten herbeigeführte Zusammenkunft einer großen Personenzahl stellt eine Versammlung im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 18. März 1850 dar. Als öffentliche Angelegenheit ist nach hiesiger Rechtsprechung die Lohnfrage anzusehen. Die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse auf der Florentiner Straße insbesondere sind lediglich Privatangelegenheiten der dort beschäftigten Arbeiter; eine Veränderung derselben im Sinne der Streitenden würde auch auf die Betriebsverhältnisse anderer Grubenverwaltungen eingewirkt haben. Das Erörtern dieser öffentlichen Angelegenheiten ist darin zu sehen, daß Sch. und die fünf Deputierten, dem Angeklagten die Wünsche der Arbeiter kundgaben, der Angeklagte darüber mit ihnen sprach und dann den Wünschen eine eigene Form und Fassung verlieh. Der Begriff des „Erörterns“ erfordert nicht eine geordnete Debatte, Rede und Gegende, sondern es genügt eine einseitige Beleuchtung der Angelegenheit. Eine Erörterung liegt in der Besprechung des Angeklagten mit Sch. und der Arbeiterdeputierten über die Arbeiterforderungen. Als Erörterung ist aber auch das Verlesen des vom Angeklagten aufgestellten Schriftstückes vor dem Unterzeichnen durch die einzelnen Arbeiter anzusehen. Der Angeklagte ist an der Versammlung insofern beteiligt gewesen, als er den Zusammengetretenen die Räume des Sekretariats überlassen hat. Er ist ferner dadurch, daß er die Wünsche der Versammelten formuliert und die einzelnen zur Unterschrift herantreten ließ, als Wortführer, Ordner und Leiter; und dadurch, daß er mit Sch. und den fünf Deputierten die Wünsche der Arbeiter besprach, auch als Redner aufgetreten. Durch diese Tätigkeit in der polizeilich nicht angemeldeten Versammlung hat sich der Angeklagte der Ueberrichtung der §§ 1 und 12 des Gesetzes vom 18. März 1850 schuldig gemacht und ist deshalb vom Richter mit Recht bestraft worden.“

Wenn es so weiter geht, erleben wir es am Ende doch noch, daß das Vereins- und Versammlungsrecht dem Fluge der Rührigkeit verfallt.

Verschiedenes.

* **Schornsteinwesen.** Der 140 m hohe Schornstein der Salsbrüder Hütte bei Freiberg in Sachsen ist noch immer die höchste Esse der Welt. Sie hat oben 2,5 Meter lichte Weite und 25 Zentimeter Wandstärke. Unten beträgt die lichte Weite 6,25 Meter und die Wandstärke 1,5 Meter. Die zweithöchste Esse, 187 Meter, steht in Port-Dundas bei Glasgow (Schottland). Sie kommt in der Höhe am nächsten der Schornstein der Weuhener Hütte bei Gussfingen an der Eisenbahn Köln-Trier. Er ist 184 Meter hoch und hat oben 3,5 Meter, unter 7,5 Meter äußeren Durchmesser. Hinter dieses Meilen bleibt der Dampf-Schornstein für die elektrische Centrale der Metropolitan Street Railway Company in New York mit seiner Höhe von 107 Metern zurück, dagegen hat er eine von unten bis oben sich gleichbleibende lichte Weite von 6,71 Metern, so daß der zylindrische Hohlraum des ganzen Schornsteins bei einer Grundfläche von 35,3 Quadratmetern einen Rauminhalt von 3783 Kubikmetern hat. Der äußere Durchmesser dieses Schornsteins beträgt oben 7,22 und unten 11,84 Meter, die Wandstärke demnach oben 0,5, unten 2,6 Meter, die jedoch in dem Teile von 27 bis 104 Metern Höhe einen ringförmigen Hohlraum einschließt, dessen Außen- und Innenmauerwerk des Schornsteins, deren etwa 8700 Tonnen wiegt, ruht auf 1800 Stück 4,6 bis 12 Meter tief eingetammten Pfählen mit Zementbetondeckung. Die Kraftanlage ist für eine Höchstleistung von 70 000 Pferdestärken bestimmt, und die Schornsteinhöhe würde für das stündliche Verbrennen von 52 Tonnen Kohlen oder für den Verbrauch von 0,743 Kilogramm Kohlen auf die Pferdestärkenstunde berechnet sein.

* **Der verarbeitete Baum.** In einer Nummer des „Neuen Pester Journal“ über die Bedeutung des Holzstoffes wird folgender Vorgang erzählt. In einer deutschen Papierfabrik wurde anfänglich eine Weite festgesetzt, in welche kürzesten Zeit man 8 Bäume in Reife zu verwandeln könne. Im Gegenwart alter Interressierten und unter Augenmaß eines Notars, der die Wichtigkeit des Vorganges bestätigen sollte, wurden in einem Walde in der Nähe der Fabrik um 7 Uhr 35 Minuten Morgens drei Bäume gefällt. Diese wurden nach der Weite gebracht und durch eine Holzschneidemaschine in Stücke von dreißig Zentimeter Länge verkleinert. Andere Maschinen schälten die Rinde ab und hieher andere verarbeiteten sie in eine mehlartige Masse. Diese Masse wurde in einem großen Behälter mit allen anderen Bestandteilen, die zur Herstellung des Papiers notwendig sind, vermischt. Der Wei man nun in die Papiermaschine. Um neun Uhr zwanzig Minuten ging der erste Wagen Papier fertig aus der Maschine hervor. Der Fabrikant sprach in einen bereitstehenden Wagen und fuhr mit dem Wagen in eine vier Kilometer entfernte Zeitungsdrukeret. Der Stoff fand in Bereitschaft, um zehn Uhr drucke man und hatte in Nu eine Zeitung vom Tage und mit dem Datum des Tages in der Hand. Es war also nur eine Zeit von zwei Stunden und fünf und zwanzig Minuten notwendig gewesen, um einen lebenden, blühenden Baum in eine Zeitung zu verwandeln. Dabei wären noch dreißig Minuten zu sparen gewesen, wenn sich nämlich die Zeitungsdrukeret in nächster Nähe der Papierfabrik befunden hätte. — Diese Geschwindigkeit grenzt ja bald an „Hexerei“. Ans will aber doch bedenken, als wenn der Verfasser obiger Notiz etwas gar zu stark „aufgeschmitten“ hat. Und gar die „mehrlagige Masse“ wird ihm wohl kein Mensch, der die Fabrication des Holzstoffes kennt, abnehmen.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) 49. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bürgerliche Agonien. — Ein Nachwort zur Abgeordnetenfrage und Verordnungen. Von A. Bebel. — Zum Parteitag. Von R. Kautsky. — Der internationale Sozialistenkongress zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht. Von Theresie Schlegelings

Stettin. — Literarische Rundschau: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

Dokumente des Sozialismus, Herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz Verlag).

Wahre Jacob, 10. Nummer seines 20. Jahrgangs. Dieselbe ist dem Parteilager in Dresden gewidmet.

Briefkasten.

Metterich, V. Für die Zulassung der C. B. Stg. besten Dank. Wir wollen zunächst abwarten was das Blatt noch weiter an uns auszuweisen hat.

Saibe, G. & K. Nach Durchsicht des Berichts haben wir gefunden, daß die Angelegenheit denn doch schon etwas fürder ist, ihre Erledigung auch durch den Ausschluß des Bieder gefunden hat.

Halberstadt, B. Aus Ihrem Bericht können wir auch nichts herauslesen, was für die Kollegenchaft von Interesse wäre.

Bilke, Th. Wegen die Veranlassung zur Kommunalsteuer werden Sie sich nicht freuen können.

Zentralverband der Maurer.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

Am die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Kreuzburg i. Schl. und Zschin.

Ausgeschlossen

Am auf Grund § 86 b des Statuts vom Zweigverein Berlin-Charlottenburg: Oscar Miß (Buch-Nr. 2506), Paul Schulz (9121), Gustav Stoppert (9214); Landsberg: Theodor Karny (82 807), Paul Benz (82 818), Heinrich Neumann (82 858); Dresden: Richard Jßen (16 894), Ernst Speer (16 882); Hannover: Karl Hilbrandt (81 884), Heinrich Bobe (82 140), Fritz Grede (81 178), Friedrich Stein (81 890), Fritz Meyer (88 008); Berlin-Wilmersdorf: Wilhelm Wittau (8806), Albert Schönfeld (8786).

Angefordert

Ihren Verbindungen nachzukommen, werden dem Zweigverein B a h n: Otto Steinbrink (Buch-Nr. 45 988); G b h e n d.: Julius Jobke (127 980). Kollegen, denen die Adressen der Genannten bekannt sind, wollen den betreffenden Zweigvereinsvorständen Mitteilung machen.

Als verloren gemeldet

Am die Mitgliederbücher der Kollegen Friedrich Krüsch-Deitzsch (Buch-Nr. 85 656), Wilhelm Dorn-Deitzsch (88 484), Johann Wiegand-Erfurt (67 425), Albert Röhm-St. Johann (80 495), Conrad Hrennd-Cassel (120 009), Emil Steffen-Segeberg (100 708), Gustav Wendt-Dehlin (82 933), Gustav Lehmann-Dehlin (82 926), Hugo Schulz-Berlin (2044), Michael Dittsch-Jöhlen (128 103), Johann Müller-Kronach (155 519), Willy Detmerich-Abbenberg (248 824), Friedrich Henke-Bromberg (86 882), Johann Weitz-Mähring (112 138), Martin Hasselmann-Hulm (84 848), Josef Schmirz-Riel (84 888), Gustav Feuer-Bremervaden (51 886), Hahn-Hehligen (77 401), Franz Kruca-Schweinfurt (187 517), Josef Roosen-Cöln (147 640), Heinrich Schneider-Cöln (147 674), Josef Blenad-Cöln (80 845), Johann Trösch-Cöln (118 297), Friedr. Grunow-Neudangson (80 095), Alnus Schabelski-Berlin (4885), Wilhelm Malde-Nordenham (181 855), Edward Grösch-Deitzsch (165 103), Joh. Jey-Dresden (18 852). Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 1. bis 7. September 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Leipzig M. 8000, Landsberg a. d. R. 400, Lehnin 400, Eisenburg 150, Neubrandenburg 150, Hirschburg 100, Schmiedewitz 85, Regau 80, Reichardt 80, Marlow i. Mecklenburg 18,48, Königsberg i. Pr. 1100, Mähring-400, Larnomitz 43,90, Bautzen 80,25, Adelsb. 5, Frankfurt a. M. 21,80, Binten 2,80, Bergedorf 102,80, Gr.-Wodden 100, Freep 98,80, Weissenfels 480, Lübeck 400, Frankenhäusen a. Kyffh. 80, Bremen i. Umgegend 800, Hamburg i. Umgegend 1516,77, Guben 350, Eulenburg 200, Reichenbach i. B. 800, Fähr 200, Anklam 150, Cöln 100, Friedberg i. B. 1, Neumark 100, Gera 28, Neuhau a. b. E. 80, Neuzelle 168, Stolp i. Pomm. 80,16, Gersd. 17,70, Döberan 2.

Für Protokolle vom 7. Verbandstag in Berlin. Marlow M. 2,40, Königsberg i. Pr. 22, Döberan 2, Neuzelle 2.

Für Protokolle vom 2. Bauarbeiterkongress. Königsberg i. Pr. M. 20.

Für Futterale.

Leipzig M. 100, Schweinfurt 5, Bautzen — 10.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einfender von Geldern werden ersucht, auf den Postkonten genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 7. September 1903.

H. Köfer, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

Abrechnung für das 2. Quartal 1903.

(April, Mai, Juni.)

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Bare Bestände am 1. April d. J., Zinsen von belegten Kapitalien, Eintrittsgelder, Beiträge in der 1. Klasse, etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Ersparleistungen von Berufsgenossenschaften und Unterschmären, Zurückgelegene Kapitalien, Sonstige Einnahmen: für Ausstattungsgegenstände, Strafgelder usw., Summa der Einnahmen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes An Mitglieder der 1. Klasse, An Angehörige, Sterbegelder für Mitglieder der 1. Klasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Für ärztliche Behandlung, Für Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen wir in unserer Zeitschrift noch etwas wissen. Wofern Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 A.)

Seit-Wilhelmshagen. Sonntag, den 30. August, demnach auf dem Elm-Gabel-Kanal und mußte durch Ertrinken sein junges Leben lassen der 20jährige Kollege Hermann Thieloch aus Eichen in Thüringen.

Dessau. Am 2. September verstarb unser treuer Verbandskollege Hermann Thieloch im Alter von 57 Jahren durch Sturz vom Gerüst.

Guben. Mittwoch, den 5. August, nach einer Verbandskollege Gustav Fischer aus Schmendorf im Alter von 28 Jahren plötzlich am Typhus.

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 30. August bis 5. September begabigt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Adam Roggel-Maina, Buch-Nr. 40 220; Carl Rabeltz-Brandenburg, 55 486; Carl Grunze-Berlin (Frau), 5409; Ernst Roschwig-Sorau, 181 607; Carl Gabriel-Mittelsch, 87 177; Wilhelm Strö-Göln, 60 927; August Imm-Berlin, 1016; Valentin Gerhardt-Brandenburg, 20 389; Fritz Steper-Riel, 83 631; Gustav Rief-Speter, Berlin, 101 810; Hermann Stierling-Pöhlitz (Frau), 24 781; Fritz Weber-Deherode a. S. (Frau), 98 154; Thomas Botatzsch-Sommern, 78 829; Wlth. Herbst-Dehendorf (Frau), 63 764; Carl Buchholz-Jöhlen (Frau), 44 404; Wilhelm Schulz-Jöhlen (Frau), 85 818; Carl Doberin-Romane, 125 119; Franz Blank-Berlin (Frau), 6085; Hermann Rand-Deitzsch (Frau), 85 892.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einbringung des Sterbebuchs der betreffenden Mitglieder und der Sterbeprotokolle derselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Von der Nr. 12 des „Grundstein“, 16. Jahrgang, wären uns einige gut erhaltene Exemplare sehr erwünscht. Die Exped. d. „Grundstein“.

Bergen a. Rügen.

Der Zweigverein feiert Sonntag, 20. September, sein

5. Stiftungsfest

bestehend aus Konzert, Theater und Langtränkechen. Anfang 8 Uhr. Bei zahlreichem Besuche laßt ergerben ein

Das Komitee.

Liegnitz.

Der hiesige Zweigverein feiert am Sonnabend, den 26. September, sein

12. Stiftungsfest

im Saale des Gasthofs „Zur Waage am Rhein“.

Theater und Ball.

Alle Kollegen werden hiermit freundlichst eingeladen. Anfang Abends 8 Uhr. Eintritt 50 A.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erlernungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Diensttagmorgen 8 Uhr in unsere Redaktion (ein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 13. September.

Dollzsch. Nachmittags 2 Uhr im „Lindenhof“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. (Zweiten Sonntag im Monat.)

Dienstag, 15. September.

Liegnitz. Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Gasthof“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Mittwoch, 16. September.

Berlin. (Rabitzpucker) Abends 8 1/2 Uhr in den „Krausgassen“, Romanen-Dantenstraße 20. Wohlwolliges Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, 19. September.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der „Bergerstr. zur Heimal“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sonntag, 20. September.

Berlin. (Zementierer.) Vormittags 10 1/2 Uhr Mitgliederversammlung. Brunnenstr. 188.

Jessen. Nachmittags 2 Uhr in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Klotz-Schneidewitz. 450. Böhmisches Erscheinen ist notwendig.

Trebitz. Nachmittags 2 Uhr bei Rabitzsch. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Wollin i. Pom. Nachm. 2 Uhr bei W. Götter. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Ref.: Schauer

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 13. September.

Berlin. Vom 10. Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftsaule, Carlstr. 2. D. Freitag, Nacht der Hilfskassierer, Kassenanzeigegebühren, Mitgliederbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Koch & Co. in Hamburg.

Anzeigen.

Gau Stettin.

Achtung! Zweigvereinskassierer! Achtung! Meine Wohnung befindet sich vom 1. September ab:

Stettin: Nommersdorf, Bahnr. 6, Vorderhaus, 2. Et. [M. 2,10] Heino. Bahnhofs, Gaukassierer.

Berlin. Zementierer!

Zwecks „Grundstein“-Bekämpfung werden die Mitglieder, die am 1. Oktober verziehen, ersucht, die neue Wohnung bis Sonntag, den 20. September, bei Löhlich, Poststr. 32 a, genau anzugeben. [M. 1,80]

Münster i. W.

Der Kassierer Gustav Hennig wohnt: Mittstr. 13. Der Vorstand. [M. 1,20]

Oldesloe.

Der jetzige Kassierer, Wilhelm Wenk, wohnt: Stumpelweg Nr. 25. [M. 1,20]

Ernst Mass, Buch-Nr. 78 498, wird vom Zweigverein Halberstadt aufgefordert, seine Adresse anzugeben. [80 A]

Achtung! Um die Jahrgänge 1895 und 98 vom „Grundstein“ einbinden zu können, fehlen mir die

Nrn. 1, 2, 18, 29, 88, 85, 49 und 48 vom Jahre 1895 und 8 und 9 vom Jahre 1896. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß Kollegen diese Nummern noch übrig haben, möchte ich um Ueberlassung derselben bitten. Porto vergütet gern. [M. 2,10]

Joh. Schenk, Erfurt, Poststr. 7, 9. Et.